

# UNSER LAND KANNT MEHR



**SCHWERPUNKT  
AUFBRUCH**



# taz lesen und Luftbrücke unterstützen



## Das taz-Geschenkpaket für 50 €

- + Gutschein für 10 Wochen taz
- + 25 € Spende an Luftbrücke Kabul
- + Safran aus Afghanistan



mit jedem  
Abo spenden  
wir 35 € an die  
Luftbrücke

## Mit diesem Paket unterstützen Sie die Initiative Luftbrücke Kabul

Auch nach der Machtübernahme der Taliban kann diese Initiative erfolgreich Menschen aus Afghanistan ausfliegen. Wir leiten 25 Euro als Spende weiter und erhöhen diese Summe noch um 10 Euro pro bestelltem Geschenkpaket. Ein in jeder Hinsicht solidarisches Angebot.

**Jetzt im taz Shop bestellen  
unter [taz.de/geschenkabo](https://taz.de/geschenkabo)**



## Sie erhalten:

Einen Gutschein (zum Verschenken oder selber nutzen):  
**10 Wochen taz als digitale Lektüre in der App oder als ePaper, dazu jede Woche eine gedruckte taz am Wochenende** fürs genüssliche Lesen auf Papier.

**Eine Packung des besten Safrans (1 g) aus der Provinz Herat**, frei von Pestiziden und Gentechnik, geerntet von einem Frauenkollektiv, verpackt in einer wunderschönen Schachtel.

**Eine Karte mit der Bestätigung über die Spende von 25 Euro an Luftbrücke Kabul.**

Das Abo ist nur im Inland erhältlich und endet nach 10 Wochen automatisch. Wir können für den Spendenanteil des Geschenkpaketes leider keine Spendenbescheinigung ausstellen.





## URABSTIMMUNG ZUM KOALITIONSVERTRAG

Mit 86 Prozent der abgegebenen Stimmen wurden der Koalitionsvertrag und das grüne Personaltableau bestätigt. Von über 125.000 Mitgliedern haben sich 71.214 beteiligt.

Zum ersten Mal seit 16 Jahren sind wir wieder in Regierungsverantwortung. Mit fünf Ministerien können wir die Bundespolitik maßgeblich mitgestalten. Das ist eine Riesenchance! Doch so groß unsere Freude darüber auch ist, die vierte Welle der Pandemie trübt sie kräftig ein. Corona hat auch die Verhandlungen mit unseren Regierungspartnern geprägt: Neben der Ausarbeitung des Koalitionsvertrags mussten wir auf das zunehmende Infektionsgeschehen reagieren – etwa mit einem geschärften Corona-Gesetz oder der Etablierung eines Krisenstabs.

Unsere Motivation, Deutschland zu verändern, ist dennoch ungebrochen. Denn Deutschland kann mehr! Überall im Land gibt es Menschen, die mit vorangehen wollen. Einige von ihnen haben wir gebeten, in diesem Heft ihre Ideen für eine bessere Zukunft mit uns zu teilen.

Auch der Koalitionsvertrag, der die Handschrift aller Ampel-Parteien trägt, steht für den gemeinsamen Aufbruch. Vier Dinge möchte ich hervorheben: Wir schaffen mit dem vorgezogenen Kohleausstieg 2030 sehr gute Voraussetzungen, um auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir reformieren das Staatsbürgerschafts- und Einwanderungsrecht und schaffen den Paragraphen 219a endgültig ab. Und mit der Kindergrundsicherung konnten wir ein grünes Herzensprojekt durchsetzen, für das wir jahrelang gekämpft haben.

Alle Mitglieder hatten erstmalig die Möglichkeit, digital über den Vertrag abzustimmen. Eure große Zustimmung lässt uns mit viel Rückenwind in die Bundesregierung starten. Ein herzliches Dankeschön!

Diese Ausgabe unseres Magazins ist die letzte, die ich verantworte. Nach acht Jahren als Bundesgeschäftsführer wechselte ich ins Wirtschafts- und Klimaschutzministerium. Ich blicke auf eine spannende Zeit zurück, in der wir uns ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet haben, unsere Mitgliederzahl verdoppeln konnten und gemeinsam für eine sozial gerechte, nachhaltige und offene Gesellschaft kämpften. Danke für eure großartige Unterstützung!

Ich wünsche euch schöne Weihnachten und ein gutes neues Jahr.



Euer Michael

**MICHAEL KELLNER**  
Politischer Geschäftsführer

## Impressum

**Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift**  
Nr. 5, ISSN 2509-3193  
Postvertriebszeichen: A 02908

**Herausgeber:**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Michael Kellner  
Politischer Bundesgeschäftsführer  
V.i.S.d.P.: Jan Prinzwald

**Redaktion, Gestaltung, Produktion:**  
Anzinger und Rasp, München  
Leitung Redaktion: Alexandra Bürger

**Kontakt Redaktion:**  
E-Mail: [magazin@gruene.de](mailto:magazin@gruene.de)  
Redaktion: Das Magazin der Grünen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Triftstraße 13, 80538 München

**Anzeigenverwaltung:**  
Runze & Casper Werbeagentur GmbH

**Druck:**  
107.000 Exemplare  
Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,  
Kassel, auf 100 % Recyclingpapier.

**Jahresabonnement:**  
Vier Ausgaben: 11,90 Euro  
Bestellung schriftlich an:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Abo/Magazin  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin  
Die nächste Ausgabe erscheint  
voraussichtlich am 14. April 2022.



# Wir laden Deutschland



Willkommen im  
EnBW HyperNetz.

[enbw.com/WirLadenDeutschland](https://enbw.com/WirLadenDeutschland)





**LENA SIELING**über **Generationengerechtigkeit**

Seit drei Jahren ist die Gymnasiastin Mitglied der Schülervvertretung an der Carl-Schurz-Schule im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen. Die 18-Jährige setzt sich für mehr Nachhaltigkeit und gegen jede Art von Diskriminierung an ihrer Schule ein. **SEITE 6**

**WOLF LOTTER**über **Innovation**

Als Vortragender, Journalist und Mitgründer des Magazins *brand eins* ist der 59-Jährige seit Jahrzehnten bekannt. Seine Bücher und Vorträge zur Transformation von der Industrie- zur Wissensgesellschaft sind Standards geworden, so etwa „Zusammenhänge. Wie wir lernen, die Welt wieder zu verstehen“ (2020) und aktuell „Strengt Euch an! Warum sich Leistung wieder lohnen muss“. [www.wolflotter.de](http://www.wolflotter.de) **SEITE 10**

**MAREN URNER**über **Dynamisches Denken**

Die promovierte Neurowissenschaftlerin, Jahrgang 1984, ist Professorin für Medienpsychologie, Autorin von Bestsellern wie „Raus aus der ewigen Dauerkrise“ (2021) und Mitgründerin von *Perspective Daily*, dem ersten werbefreien Online-Magazin für „Konstruktiven Journalismus“. [www.maren-urner.com](http://www.maren-urner.com) **SEITE 18**

**NEUE PERSPEKTIVEN  
FÜR NEUE ZEITEN**

„Weiter so“ war gestern.  
Der Fortschritt braucht  
eine neue Richtung.  
Was bedeutet gutes Leben  
im 21. Jahrhundert?  
Was muss sich ändern?  
Wohin führt uns  
der Wandel? Acht kluge  
Köpfe beschreiben  
in acht Essays, was jetzt  
notwendig ist.

**ANN-KRISTIN TLUSTY**über **Geschlechtergerechtigkeit**

Die Kulturwissenschaftlerin und Psychologin, Jahrgang 1994, arbeitet als Redakteurin bei *Zeit Online* in Berlin. Ihr erstes Buch „Süß. Eine feministische Kritik“ ist im Herbst bei Hanser erschienen. **SEITE 13**

**MAXIMILIAN FICHTNER**über **die Energiewende**

Der 60-Jährige gilt als einer der weltweit führenden Batterieforscher. Er ist Professor für Feststoffchemie an der Universität Ulm und leitet das Helmholtz-Institut Ulm für Elektrochemische Energiespeicherung und die Abteilung Energiespeichersysteme am Institut für Nanotechnologie des Karlsruher Institut für Technologie. Zudem berät er Firmen wie Daimler, BMW und VW. **SEITE 19**

**KLAUS FERDINAND  
HASSELMANN**über **Zukunftszuversicht**

Der 90-Jährige gilt als einer der bedeutendsten Klimaforscher weltweit. Zwischen 1975 und 1999 leitete der studierte Physiker und Mathematiker das Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie. Gemeinsam mit Kollegen erhielt er für seine Forschung 2021 den Nobelpreis für Physik. **SEITE 7**

**ROMY JASTER**über **eine neue Streitkultur**

Die promovierte Philosophin, Jahrgang 1985, beschäftigt sich an der Humboldt Universität in Berlin mit Themen wie Meinungsunterschiede, Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie ist Co-Gründerin des *Forum für Streitkultur*, wo sie sich mit der Frage auseinandersetzt, wie der öffentliche Diskurs verbessert werden kann. **SEITE 12**

**KONRAD PAUL LIESSMANN**über **Grenzen des Aufbruchs**

Der österreichische Literaturkritiker und Professor i. R. am Philosophischen Institut in Wien ist Autor gefragter Sachbücher wie „Lob der Grenze“ oder „Bildung als Provokation“. Zuletzt erschien „Alle Lust will Ewigkeit. Mitternächliche Versuche“ (2021). Der 68-Jährige erhielt für sein Werk zahlreiche Auszeichnungen. **SEITE 16**

# Aufbruch auf Augenhöhe

**LENA SIELING**

Schülerin und Stadtteil-Botschafterin

**Jünger, diverser, weiblicher: In den Bundestag zieht eine neue Generation ein. Für Lena Sieling ist das ein Zeichen der Hoffnung. Aber auch das politische System muss sich verändern, fordert die 18-jährige Schülerin.**

In unserem politischen Handeln geht es häufig um die Gegenwart und eher selten um die Zukunft. Das führt zu einem Generationenkonflikt, den wir beilegen müssen. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollten an politischen Prozessen teilhaben können. Was das konkret bewirken kann, zeigt zum Beispiel Aminata Touré. Die afrodeutsche Vizepräsidentin des Landtags in Schleswig-Holstein hat schon früh in ihrer politischen Karriere beobachtet, dass viele politische Themen anders verhandelt werden, wenn sie als Frau mit Migrationshintergrund am Tisch sitzt. Dass vergleichsweise viele junge Menschen in den neuen Bundestag gewählt wurden, ist für mich ein Zeichen der Hoffnung. Jetzt kann man nicht mehr so leichtfertig über die Belange junger Menschen hinweggehen. Jetzt sitzt auch die Jugend mit am Tisch.

Dennoch war und ist deren Perspektive immer noch stark unterrepräsentiert. Nicht nur im Parlament, sondern auch bei Wahlen und in den Medien. Gleichzeitig wird immer noch der nervige Vorwurf erhoben, dass Jugendliche unpolitisch und nur auf Spaß aus seien. Das ist faktisch nicht korrekt, was sich auch an Jugendbewegungen wie *Fridays for Future* zeigt. Viele junge Menschen wissen sehr genau, was sie wollen und würden gerne partizipieren – auch außerhalb des Parlaments und jenseits der Jugendorganisationen diverser Parteien. Aber die Möglichkeiten, sich zu beteiligen, sind begrenzt. Derzeit können Jugendliche ohne Wahlrecht nur demokratischen Einfluss nehmen, indem sie auf Demos gehen, Petitionen aufsetzen, Diskussionen mit Wahlberechtigten führen oder auf Social Media aktiv sind. Dabei müssen wir sehr laut sein, um Gehör zu finden. Das wirkt deshalb vielleicht auf manche ein bisschen radikal.

## Neue politische Räume

Wenn es um politische Repräsentanz geht, spielt auch unser Verständnis von Demokratie und Wahlen eine große Rolle. Die gängige Meinung ist: Wenn jede\*r wählt, was für sie oder ihn persönlich am besten ist, kommt auch das Bestmögliche für alle dabei heraus. Das ist ein Trugschluss. Wir sollten vielmehr so wählen, dass das Ergebnis mit unseren Wertvorstellungen übereinstimmt und für die Gesamtgesellschaft tragfähig ist. Deshalb ist es auch so wichtig, dass ältere Generationen in ihrer Wahlentscheidung die Interessen jüngerer Menschen – ihrer Kinder und Enkel – berücksichtigen. Dazu muss endlich ein Diskurs auf Augenhöhe zwischen jün-

geren und älteren Menschen stattfinden. Es ist wichtig, dass man sich wirklich gegenseitig zuhört, eigene Positionen hinterfragt und versucht, einander zu verstehen. Das kann beim Gespräch am Abendbrottisch passieren. Am besten wäre allerdings, wenn dieser Diskurs der Generationen in unserem politischen System institutionalisiert wäre.

Damit das geschehen kann, braucht es auf der einen Seite mehr politische Bildung für Jugendliche und auf der anderen Seite Räume, in denen junge Menschen ihre politischen Positionen vertreten und öffentlich machen können. So ein Raum könnte ein Jugendparlament auf Bundesebene sein, wo Forderungen entwickelt und Positionen ausgetauscht werden können.

## Zum Mitmischen motivieren

Wir sollten zudem Jugendliche zum Mitmischen motivieren. Als Stadtteil-Botschafterin habe ich im Rahmen des Projekts *Youth for Politics* politische Projektstage für Siebtklässler an meiner Schule organisiert und mir überlegt, wie ich Politik greifbar machen kann. Wir haben zu Themen wie Klimakrise und Rassismus mit Expert\*innen gesprochen oder Ausflüge gemacht. Das war für alle Seiten sehr bereichernd und im Vergleich zum abstrakten Politikunterricht auf jeden Fall der bessere Weg für politische Bildung. Auch ich selbst habe erst durch meine Familie und durch Freunde gemerkt, dass ich politisch aktiv sein will und wie wichtig das ist.

Wer glaubt, nicht teilhaben zu können, hat weniger Interesse an Politik. Dass die Ampel-Koalition das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen will, ist daher richtig. Sobald die junge Generation mehr Stimmgewicht hat, werden auch alle Parteien versuchen, junge Menschen als Wähler\*innen zu gewinnen. Die Interessen von Kindern und jungen Menschen müssen zudem im Gesetzgebungsverfahren automatisch berücksichtigt werden. Diese Zukunftsverantwortung ist ja auch längst im Grundgesetz, Artikel 20a, festgeschrieben. Es wäre daher gut, wenn sich Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit als ein Maßstab für politisches Handeln etablieren und in politischen Entscheidungen die gleichen Rechte aller Generationen beachtet werden würden. Denn eines ist sicher: Jedes Kind, das heute noch nicht wählen kann, will trotzdem später die Chance haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen, seine Grundrechte wahrzunehmen und auch in zehn Jahren noch auf diesem Planeten leben zu können.

# Wandel zum Besseren

**KLAUS FERDINAND HASSELMANN**

Physiknobelpreisträger

**Klaus Hasselmann ist ein Pionier der Klimaforschung. Schon Ende der 1970er-Jahre konnte er belegen, dass die Klimakrise menschengemacht ist. Obwohl es seither kein entschlossenes politisches Handeln gab, bleibt der 90-jährige Physiknobelpreisträger dennoch zuversichtlich.**

Ich habe schon Anfang der 1970er-Jahre in Stockholm an einer der ersten Klimakonferenzen überhaupt teilgenommen. Damals herrschte große Aufbruchsstimmung. Zwischen dieser Konferenz und derjenigen, die gerade in Glasgow zu Ende gegangen ist, liegen fast 50 Jahre. Leider muss ich sagen: Viel ist nicht passiert bislang, um die Klimakrise und ihre Folgen zu bekämpfen. Die Ziele sind jedem klar, dennoch stehen die eigenen Interessen immer noch vor dem Allgemeinwohl. Das hat sich jüngst wieder bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow gezeigt. Es hat sich einmal mehr gezeigt, muss man sagen.

## Aufbruch in der Klimaforschung

Ende der 1970er-Jahre entwickelte ich als erster Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg ein statistisches Modell, mit dem sich nachweisen ließ, dass der menschengemachte CO<sub>2</sub>-Ausstoß das Klima verändert. Später schrieb ich meine Arbeit nochmal um, formulierte alles ein wenig verständlicher und von da an setzten auch andere Forschende die Methodik ein. Im Jahr 1995 schließlich konnten wir mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent den rechnerischen Beweis erbringen, dass die gemessene Erderwärmung der vorangegangenen 35 Jahre vom Menschen verursacht und nicht natürlichen Ursprungs ist. Es war wichtig, dass die Klimaforschung diese Verbindung hergestellt hat, weil dadurch globale Klimaverträge wie zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen überhaupt erst möglich wurden.

Seitdem warnen wir davor, dass ganz erhebliche Klimaveränderungen auf uns zukommen werden, wenn wir weiter fossile Brennstoffe verbrauchen. Besonders meine Kollegen Mojib Latif und Hartmut Graßl haben wirklich sehr intensive Pressearbeit geleistet. Dass trotz unserer Warnungen bislang eher wenig passiert ist, frustriert mich dennoch nicht. Ich kann das verstehen. Für die Menschen ist etwas, das Jahre in der Zukunft liegt, nicht real, das Handeln verschiebt man gerne. Nur zu wissen, reicht nicht.

Schon vor 40 Jahren habe ich durch gekoppelte Klima-Wirtschaft-Modelle belegt, dass der Wandel zur klimaneutralen Wirtschaft teurer wird, je länger man wartet. Wir sehen ja gerade an den Überflutungen des Sommers an Ahr und Erft, dass Extremereignisse nicht nur großes persönliches Leid verursachen, sondern auch hohe finanzielle Schäden anrich-

ten. Das wird sich weiter verstärken. Nach der Flut im Juli stellten Medien, Politiker\*innen und alle anderen den Zusammenhang zwischen Überflutung und Klimakrise direkt her. Das Wissen um den Klimawandel und seine Folgen ist also durchaus angekommen und verinnerlicht. Das heißt auch: Der Wille zum Handeln ist jetzt da, überall in der Gesellschaft.

## Zuversicht für die Zukunft

Der Wandel ist zudem technisch machbar. Klar, man darf sich keine falschen Vorstellungen machen. Es wird Veränderungen geben. Aber zum Besseren! Es werden keine Arbeitsplätze wegfallen, es werden sogar mehr entstehen. Veränderung, nicht Verzicht muss das Wort der Stunde sein. Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden – Windkraft, Solarenergie, Erdwärme, Wasserstoff. Die Wirtschaft hat nun auch begriffen: Elektroautos brauchen nicht mehr 120.000 Kilometer zu fahren, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von der Batterieherstellung wettzumachen, sondern nur noch 12.000. Und es gibt zunehmend Literatur darüber, wie schön ein klimaneutrales Leben sein kann.

Mit meiner Familie lebte ich lange in einem Haus im Grünen, heute wohnen wir in einem kleinen Reihenhaushaus auf Sylt. Wir heizen mit Erdwärme, wir fahren ein E-Auto. Wir haben unsere Urlaube meist mit Segeln, Rucksackwanderungen und Fahrradtouren verbracht, ohne Flugreisen. Da wir glücklich sind mit dieser Art zu leben, bin ich optimistisch, dass auch andere eine Lebensweise hin zu mehr Klimaneutralität kennen- und schätzen lernen können. Dass die Jugend das Thema für sich entdeckt hat, stärkt meine Zuversicht. Die *Fridays for Future*-Bewegung macht viel besser, was auch wir mit unserer Pressearbeit versuchten: der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Zeit drängt. Die jüngeren Generationen sind zudem auch in der Lage, die richtige Sprache zu finden, um die Menschen mitzureißen und für den Wandel zu begeistern. Denn wenn sich die Gesellschaft dem Thema emotional nähert, wird das am Ende mehr bewirken als die Warnungen der Wissenschaft.



### KLIMAFIT WERDEN!

Der Helmholtz-Verbund *Regionale Klimaänderungen* und die Naturschutzorganisation WWF haben Berechnungen zusammengetragen, wie jede und jeder Einzelne ohne großen Aufwand zum Klimaschutz beitragen kann. [klimafit-challenge.de](http://klimafit-challenge.de)



### ESSEN AUS LUFT

Das finnische Start-up Solar Foods produziert ein Protein, das fast nur aus Sonnenenergie, CO<sub>2</sub> und Strom erzeugt wird – und das sich in Nahrungsmitteln weiterverarbeiten lässt. Ähnlich wie bei der Herstellung von Hefe findet dabei ein natürlicher Fermentationsprozess statt. Die industrielle Produktion von Solein, wie das Eiweiß heißt, soll im Jahr 2023 starten.

### ENERGIE AUF DEM SPRUNG!

Die Band Coldplay zapft auf ihrer Welttournee 2022 eine neue Energiequelle an: Die Fans sollen auf kinetischen Bodenflächen hüpfen und tanzen – und so für die Konzerte nachhaltig Strom erzeugen.



### BAUEN UND WOHNEN DER ZUKUNFT

Mehr Wohnraum: Jedes Jahr sollen 400.000 neue Wohnungen entstehen, 100.000 davon öffentlich gefördert. Bezahlbar, klimaneutral, nachhaltig, barrierearm, innovativ und mit lebendigen öffentlichen Räumen! Aus unserem Koalitionsvertrag



### NEUES „GERECHTES“ WAHLRECHT

Der Bundestag soll durch eine Wahlrechtsreform deutlich verkleinert werden. Zudem soll künftig die Jugend mitbestimmen! Durch das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Europa- und Bundestagswahlen. Aus unserem Koalitionsvertrag



**VERKEHRSTRANSFORMATION**

Bis zum Jahr 2030 sollen auf deutschen Straßen mindestens 15 Millionen voll-elektrische Autos unterwegs sein. Die Antriebswende kommt! Zudem werden die Investitionen in die Schiene erheblich erhöht und der ÖPNV gestärkt.  
*Aus unserem Koalitionsvertrag*

**DYNAMISCHES LERNEN**

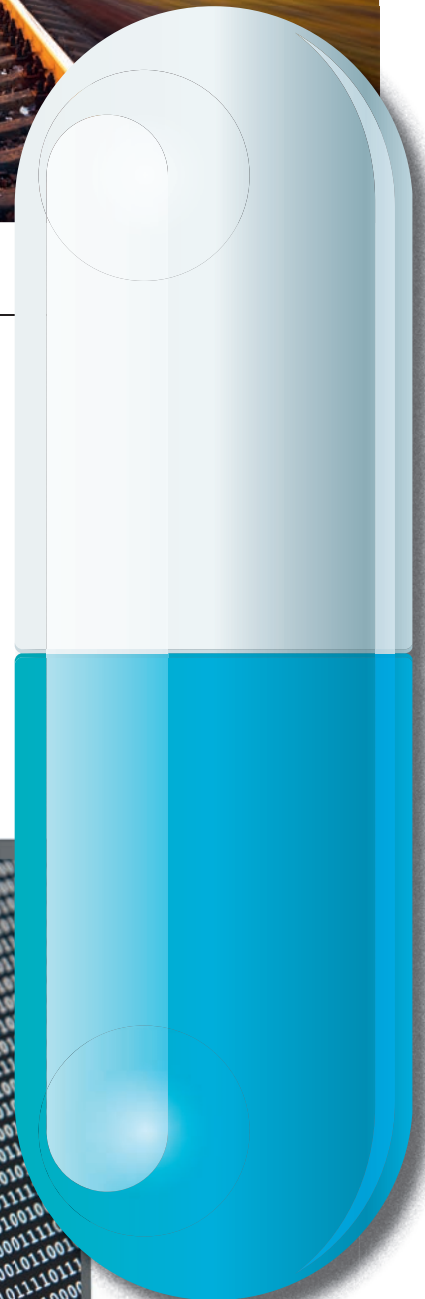
In Finnland gibt es keinen festen Lehrplan an Schulen, nur einen breit abgesteckten Rahmen, der den Schulen und Lehrenden viel Raum lässt, um zu bestimmen, was die Schüler\*innen lernen sollen. Der nationale Lehrplan wird zudem regelmäßig an das Feedback der Lehrenden und das Zeitgeschehen angepasst.

**MASCHINENMEDIZIN**

Ein Team am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge hat mit Unterstützung von Künstlicher Intelligenz ein neues, vielversprechendes Antibiotikum entdeckt, das gegen multiresistente Krankenhauskeime helfen soll. Nach Angaben der Forschenden rund um Professor James Collins soll es einige der weltweit gefährlichsten Erreger abtöten können, gegen die derzeit kein einziges bekanntes Antibiotikum mehr wirkt.

**DATENHOHEIT**

Der weißrussische Internettheoretiker Evgeny Morozov, der laut dem Magazin *Politico* einer der einflussreichsten Menschen in Europa ist, fordert: Demokratisiert die Daten! Diese sollten nicht privaten Firmen wie Facebook und Google gehören, sondern ein öffentliches Gut sein, das nicht privat besessen werden kann. Wenn Unternehmen die Daten nutzen wollen, sollten sie dafür Lizenzgebühren an die Allgemeinheit zahlen.



# Der Stoff, aus dem das Neue ist

**WOLF LOTTER**

Transformationsexperte

**Alle reden von Innovation und Transformation. Was das Neue ist und was es sein könnte. Ein Kommentar von Wolf Lotter, Autor, Essayist und Gründungsmitglied des Magazins *brand eins*.**

Im Jahr 1936 veröffentlicht der englische Ökonom John Maynard Keynes das wohl einflussreichste Werk seiner Disziplin für das 20. Jahrhundert: die Allgemeine Theorie. „Die Schwierigkeit liegt nicht so sehr in den neuen Gedanken als in der Befreiung von den alten.“ Diesen Satz sollten sich alle merken, die „irgendwas“ mit Medien machen, Politik, Transformation und Innovation. Das Problem ist nicht das Neue. Das Problem ist das Alte, nicht das an Jahren, sondern all das, was ganz unbewusst unser Denken und Handeln bestimmt, also all jene Normen, die wir „die Normalität“ nennen.

Wer wüsste das – eigentlich – nicht. Ob Digitalisierung, Mobilitätswende, Transformation zu mehr Selbstbestimmung und Zivilgesellschaft – es ist immer the culture, stupid, an der wir hängenbleiben. Wir gehen ihr immer auf den Leim. Da glaubt man, eine Vision zu haben, eine Utopie – doch hoppla, sie ist nichts weiter als eine weitere Szene der alten Denkweise, erdacht mit den alten Denkwerkzeugen. Und so wird das, was wir für Zukunft halten, nur eine Spielverlängerung des Innovationstheaters, mehr Schmierkomödie als ein Lehrstück, gestaltet von den Knallchargen des Gestrigen, die sich für die Zukunft ausgeben. Ist das neu oder kann das weg?

**Wo sich die Kultur nicht ändert, wird nur verhübscht**

Nichts wird mehr missverstanden als das Neue. Wir leben im Zeitalter der Innovations-Inflation, und eine Inflation ist eine Entwertung. Innovationen aber sind das Leben, das wir noch vor uns haben. Die berechtigte Hoffnung, dass es besser wird. Da braucht es radikales Denken. An die Wurzel gehend. Wo sich die Kultur nicht ändert, wird nur verhübscht. Aus Verbrennungsmotoren werden E-Mobile, der Stau bleibt, denn was soll aus all den Leuten werden, die in die Arbeit müssen? Wir fragen nicht, wie wir diese Arbeit besser und anders organisieren können, sondern fixieren uns auf ein Detail, das eigentlich das Ergebnis unzulänglichen Denkens ist.

Und so bleibt das Alte, das Fabrikzeitalter und seine Fleißgesellschaft, konserviert. Sachzwang heißt das, wenn man keine großen Sprünge wagt, weil man intellektuell zu faul ist, die Ursachen des Schlamassels zu denken. Doch echte Innovationen, soziale und kulturelle, verändern das System. Erst dann ist die Innovation eine „Befreiung von den alten Gedanken.“ Die Frage wäre heute: Warum arbeiten wir nicht selbst-

bestimmt, besser organisiert in Netzwerken? Wer die Welt ändern will, muss erst mal sich selbst ändern. Und wissen, was möglich ist.

**Komplexität ist unser Freund**

Die alten Gedanken, die alte Kultur. In ihnen findet zunehmend eine Politik des Extremen, der Polarisierung, statt. Dafür oder dagegen. Es geht aber nicht um Reiz und Reaktion, links oder rechts, sondern um Alternativen.

Eine unterkomplexe Denkart von gestern, die in der Phrase der „Alternativlosigkeit“ mündet, die in einer Vielfaltsgesellschaft eigentlich eine Unverfrorenheit ist. Alternativen braucht es, denn echte Innovationen sind Alternativen. Der Kern aller Innovationen – und aller Transformationspolitik, ganz wichtig heute – ist das Erkennen des Unterschieds, das Entwickeln und Anbieten von Alternativen. Wer weniger Individualverkehr will, muss auch die industrielle Arbeitsordnung auflösen, Alternativen zur starren Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung anbieten und Digitalisierung ernst nehmen. Dazu braucht es eine Menge, fähige Architektur etwa, Stadtplanung, bei der es nicht allein um Unterbringung von Menschen geht, sondern in der flexible und menschengerechte Räume für Leben und Arbeiten entstehen. Da geht es um das Ermöglichen von Selbstbestimmung und Autonomie. Und es geht um menschliche Bedürfnisse und Ansprüche, die nach Komfort etwa. Dafür muss man sich echt anstrengen. Öffentliche Verkehrsmittel etwa wollen, die die komfortabelsten der Welt sind. Arbeits- und Kommunikationskonzepte, die wirklich dem Stand der Netzwerke entsprechen – und nicht jene improvisierenden Homeoffice-Lösungen, die man nach der Pandemie fluchtartig verlässt.

Es braucht vernetztes Denken in Zusammenhängen, also jene Kontextkompetenz, wie ich es nenne, die klarmacht, was alles gebraucht wird und was alles geht. Wir befinden uns im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Das lateinische Wort für Fleiß ist *industria*, ein Begriff, der der alten Welt den Namen gegeben hat. Nun: Wissensgesellschaft ist Selbstbestimmung, ein hohes Maß an Selbständigkeit und Autonomie. Positive Unterschiede sind hier wichtig, nicht Gleichmacherei.

Industriegesellschaft ist Massengesellschaft, Wissensgesellschaft Zivilgesellschaft. Komplexität ist unser Freund. Und wer „weniger ist mehr“ ruft, der meint oft nichts anderes als: weg mit den störenden Alternativen.



### Eine Koalition der Neugierigen

Wir haben immer nur gelernt, Komplexität zu reduzieren. Alte Gedanken sind es, ganz im Sinne von Keynes, wenn wir nur rufen: „weniger ist mehr“. Tatsächlich sind die großen Herausforderungen unserer Zeit nur durch eine echte Innovationskultur, die beständig Alternativen denkt und neugierig an Lösungen ist, zu machen, nicht durch ein ängstliches „Zurück“. Im Gegenteil, selten war das „Vorwärts“, das einst der Schlachtruf der Progressiven war, angebrachter als angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die Welt steht – von der Erderhitzung bis zur Frage der Teilhabe an Wohlstand. Innovation ist eine soziale und kulturelle Frage, eine des Tuns. Eine Bewusstseinsfrage.

Sich von den alten Gedanken befreien – das heißt neue zu haben, die eigenständige Lösungen sind und die Möglichkeiten, die wir jetzt schon haben, zusammenführen. Deutschland ist ein strukturkonservatives Land. Wir laufen immer Gefahr, „zurück zur Normalität“ zu wollen, also in die alte, behagliche Kultur, die aber nicht mehr trägt und im Gegenteil die Ursa-

che ist, warum wir auf mehr als einem Feld abgehängt sind. Man kann das Neue verdrängen, missverstehen, es schlecht reden – all das geschieht. Aber es ist trotzdem in der Welt.

Was ist das Neue, was könnte es sein – auf allen Gebieten? Auch das Gute, dass es schon gibt, erkennend. Wer Know-how, vorhandenes Wissen nur als Ballast sieht, hat wenig Verstand und Perspektive. Innovation ist kein Privileg der Jungen. Viel Wissen und Know-how sind nötig, um voranzukommen. Und nicht alle Alten sind Bewahrerinnen und Bewahrer – so wenig wie alle Jungen progressiv sind.

Eine Koalition der Neugierigen ist gefragt. Sie fragen gemeinsam: Geht das auch anders, und besser? Und wie machen wir das jetzt? Was brauchen wir noch? Zuversicht. Im „Prinzip Hoffnung“ hat Ernst Bloch geschrieben, was dabei zählt. Die Zauberformel lautet: „Ins Gelingen verliebt sein“. Die Liebe zu einer besseren Welt ist die Befreiung von alten Ängsten – und der Anfang des Neuen.

ANZEIGE



# FÜR UNSERE GESUNDHEIT

ARBEITET **OP-PFLEGER UWE**  
IMMER HOCH KONZENTRIERT.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag  
zu einem der besten der Welt. Mehr unter [pkv.de/uwe](https://pkv.de/uwe)



IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER

# Neue Kultur des Streitens

**ROMY JASTER**

Philosophin

**Ob im Netz, in den Medien oder in der Familie: Debatten werden mit zunehmend lauterer Stimmen ausgefochten. Die Philosophin Romy Jaster vom *Forum Streitkultur* erklärt, wie wir besser miteinander diskutieren können.**

Woran liegt es, dass die Erregungswellen in öffentlichen Debatten immer höher schlagen? Die Ursachen sind vielfältig, aber nicht durchweg bedauerlich. Dank Social Media können heute Menschen ihre Meinung öffentlich kundtun, die früher an den Gatekeepern nicht vorbeigekommen wären – zum Beispiel Migrant\*innen und Jugendliche. Dadurch ist der Diskurs vielfältiger geworden, und das erzeugt auch mehr Reibung. Schließlich prallen immer häufiger sehr unterschiedliche Weltansichten und Meinungsbilder aufeinander. Doch stimmt diese Diagnose? Genauso oft hören wir ja die Theorie der Echokammern. Diese Annahme beschreibt, dass jede\*r sich gewissermaßen in eine Blase einsortiert hat – zusammen mit Menschen, die ähnliche Auffassungen, kulturelle Hintergründe und Biografien teilen. Von den Menschen außerhalb der eigenen Blase bekommt man in der Regel nichts mit. Aber was denn nun: Echokammer oder Crash der Meinungen?

Ich denke, in gewisser Weise stimmt beides. Ja, unterschiedliche Meinungen prallen aufeinander. Und ja, gleichzeitig neigen viele Menschen dazu, sich zunehmend nur mit ihresgleichen auszutauschen. Die These der Echokammer trifft dann zu, wenn es darum geht, welche Menschen wir als Gesprächspartner\*innen und Informationsquellen in Betracht ziehen: Da schließen sich tendenziell gleichdenkende Personen zusammen. Gleichzeitig bekommen Menschen heute aber mehr davon mit, was außerhalb ihrer Blase sonst noch abgeht. Echokammern sind folglich nicht hermetisch abgeriegelt. Sonst gäbe es ja auch die extreme Emotionalität nicht.

## Von der Meinung zum Dogma

Während wir innerhalb unserer Echokammern in der Regel gepflegt miteinander umgehen, herrscht ansonsten häufig ein aggressiver Ton. Man lässt nicht ausreden, kanzelt ab oder beschimpft einander wüst im Netz. Dabei gibt es jedoch viele gute Gründe, erst einmal einander zuzuhören. Und zwar auch dann, wenn man von der vermeintlichen Fehleinschätzung des Gegenübers überzeugt ist. John Stuart Mill, der große Philosoph der Meinungsfreiheit, hat dazu drei Punkte formuliert. Zum einen könnte man mit der eigenen Einschätzung falsch liegen, logisch. Doch auch wenn die eigene Annahme stimmt, können im Diskurs Aspekte auftauchen, die man bislang nicht bedacht oder gesehen hat. Auch deswegen ist es wichtig, in den Austausch zu gehen. Am spannendsten finde ich den dritten Punkt: Selbst für jemanden, der der Auffas-

sung ist, zu hundert Prozent richtig zu liegen und auch alle Aspekte der Gegenseite zu kennen, ist die Debatte wichtig: Warum? Im Diskurs werden die eigenen Argumente geschärft und müssen sich immer wieder einer Prüfung unterziehen. Findet der Diskurs nicht statt, können sich, so Mill, Meinungen schnell zu Dogmen verhärten, weil wir vergessen, welche guten Gründe es für diese Meinungen gibt.

Dass der Meinungs Austausch oft so wenig konstruktiv ist, liegt mitunter daran, dass es im öffentlichen Diskurs an vorbildlichen Debattenformaten fehlt. Politische Talkshows gehören nicht dazu – hier sind die Teilnehmenden vorab auf bestimmte Positionen abonniert – und es zählt lediglich, wer am Ende als Gewinner\*in herausgeht. Eine Art moderner Gladiatorenkampf. Natürlich hilft auch nicht die Architektur der sozialen Medien. Zum einen erlaubt die Kürze von Tweets keine differenzierte Position. Zum anderen sorgen emotional aufgeladene Posts für mehr Klicks. Da braucht es bessere Algorithmen, die größere Anreize für zivilisierte Kulturbeiträge setzen.

## Mehr Fragen stellen

Doch jede\*r Einzelne kann zu einem besseren Diskursklima beitragen – mit einer Haltung der Offenheit und Neugierde. Wenn wir den Wunsch kultivieren, die Gegenseite wirklich verstehen zu wollen, ist bereits viel gewonnen. Lasst uns also versuchen, herauszufinden, was die anderen denken – gerade auch in den aufgeladenen Diskursen um Migration oder Gender. Ein gutes und sehr einfaches Rezept dafür: Bevor die eigene Gegenrede formuliert wird, macht es Sinn, dem Gegenüber zwei, drei Nachfragen zu stellen. Das hebt den Diskurs direkt auf ein höheres Niveau. Ich beobachte leider oft das Gegenteil. Viele Menschen stellen kaum oder nie Fragen. Dabei weiß man aus der Forschung, dass unsere eigenen Meinungen oft nicht so gut begründet sind, wie wir es von ihnen annehmen. Insofern wäre auch das Prinzip des Wohlwollens angebracht. Das Prinzip besagt: Versuche die Wortbeiträge deines Gegenübers in ihrer stärksten und sinnvollsten Interpretation aufzufassen. Einfacher gesagt, sollten wir davon abrücken, Andersdenkende vorab als entweder dumm oder böse zu betrachten – was jedoch leider in allen politischen Lagern passiert.

Es gibt eine Übersättigung an Leuten, die genau wissen, was und wohin sie wollen. Wovon wir hingegen mehr brauchen, sind Menschen, die öffentlich eine Position einnehmen, der anzusehen ist, dass sie in der Sache wirklich ringen. Christian Drosten hat das vorgelebt und immer wieder die Grenzen seiner Expertise deutlich gemacht. Diese Sprechhaltung hat viele Menschen erstaunt – und begeistert.



# Wege aus dem Potenzialfeminismus

**ANN-KRISTIN TLUSTY**  
Kulturwissenschaftlerin und Autorin

**In ihrem Buch „Süß“ beschreibt die Journalistin Ann-Kristin Tlusty, welche Folgen die Entpolitisierung der feministischen Debatte hat – und wie der Aufbruch in eine Welt jenseits von Geschlechterzuordnungen gelingen kann.**

16 Jahre lang wurde in Deutschland behauptet: Wir haben eine Bundeskanzlerin, es kann um den Feminismus in diesem Land also nicht so schlecht bestellt sein. Die Fakten zeichnen ein anderes Bild. Frauen verdienen auch während Merklers Regierungszeit im Schnitt deutlich weniger als Männer, jede vierte Frau arbeitet im Niedriglohnsektor. Und die Vermögensungleichheit zwischen Männern und Frauen ist sogar leicht gewachsen.

Dass solche Faktoren in der öffentlichen Debatte oft zu kurz kommen, hat viel mit einer Spielart des Feminismus zu tun, die ich Potenzialfeminismus nenne: Frauen werden dazu aufgerufen, sich in allen lebensweltlichen Bereichen selbst zu „ermächtigen“, sei es in der Karriere, der Partnerschaft, in der Altersvorsorge oder beim Sex. Frauen, so die Botschaft, stünde alles offen, sie müssten sich nur selbst empowern. Wie das gehen soll, kann man perfekt anhand der kanadischen Serie *Working Moms* verstehen. Da haben wir es mit vier Mitte-Dreißig-Frauen in Toronto zu tun, die einfach alles hinbekommen. Sie sind junge Mütter, arbeiten Vollzeit in hübschen Büros, führen glückliche Ehen und kokettieren ständig mit dem Am-Limit-Sein. Wenn dann im Alltag doch etwas nicht klappt, ist das halb so wild, weil sie als wohl-situierte Frauen weich fallen. Das ist sehr symptomatisch für den potenzfeministischen Diskurs: Diejenigen, die von ihm adressiert werden, können Systemmängel stets mit Tagesmüttern, Therapeut\*innen und Psychopharmaka ausbügeln.

## Männliche Referenzsysteme

Leider hat mit der Konjunktur dieses Lifestyle-Feminismus eine enorme Entpolitisierung von feministischen Forderungen eingesetzt, die beispielsweise in den 70er-Jahren noch stark auf einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang abgezielt haben. Stattdessen werden heute einzelne Frauen als Leitbilder herausgepickt, die es in stereotyp männliche Sphären geschafft haben: Politik, Wirtschaft, Macht. Der Begriff der „starken Frau“ entlarvt, wie sehr uns archetypische Vorstellungen vom Weiblichen immer noch prägen: Starke Frauen sind das, was Männer schon immer sein durften – und was bei Frauen weiterhin die Ausnahme darstellt. Eine Frau, die sich im Niedriglohnsektor durchkämpft oder Kinder erzieht, würde dieser Logik zufolge nicht als stark gelten, weil wir ihre Lebensrealität nicht für erstrebenswert halten – und ihre Arbeit nicht gleichermaßen wertschätzen.

Es gibt diesen Irrtum des westlichen Feminismus, dass die Erwerbstätigkeit die große Befreiung der Frauen nach sich ziehe und das, was zu Hause an Arbeit passiert, uninteressant, uncool und banal sei. Ich habe aus diesem Gedanken heraus die Arbeit meiner eigenen Mutter, die lange Hausfrau war, jahrelang abgewertet. Heute sehe ich das anders. Unbezahlte Sorgearbeit ist ebenso Arbeit, und neben der Erwerbstätigkeit sollte jeder Mensch ausreichend Zeit dafür haben. Wir müssen in diesem Zusammenhang nicht nur über Geschlechterrollen nachdenken, sondern vor allem über eine Reduzierung der Erwerbstätigkeit. Man hat in Modellversuchen in Island oder Spanien gesehen, dass Menschen glücklicher und gesünder sind, wenn die Arbeitszeiten verkürzt werden. Das ist auch klimapolitisch sehr interessant, weil Menschen mit mehr Zeit laut Untersuchungen nachhaltiger leben.

## Das Bild der „sanften Frau“

Dass Sorgearbeit vor allem von Frauen erledigt wird, hat viel mit Rollen zu tun, die Frauen zugeschrieben werden, etwa die der „sanften Frau“. Weiblichkeit wird nach wie vor mit der Bereitschaft verbunden, sich um andere zu kümmern, für andere zu sorgen. Solche Vorstellungen werden öffentlich zwar angefochten, im Privaten erweisen sie sich als erstaunlich änderungsresistent, sprich: Wir haben diese Zuweisungen internalisiert. Auch als Frauen. Ich habe heterosexuelle Freundinnen, die sehr feministisch denken und trotzdem heimlich die Wäsche ihres Partners waschen, ihn morgens wecken und in eine bemutternde Rolle verfallen.

Für mich wirken Werte wie Sanftheit und Zartheit dann unterdrückend, wenn man sie als Voraussetzungen für eine erfolgreich gelebte Weiblichkeit versteht. Wenn sie nicht auf Geschlechterzuschreibungen beruht, finde ich die Fähigkeit, für andere sorgen zu können, liebevoll miteinander umzugehen oder Verletzlichkeit zu zeigen, absolut erstrebenswert. Die Frage ist nur, ob diese Werte unter den derzeitigen Bedingungen, also beispielsweise den Anforderungen der Arbeitswelt, überhaupt anwendbar sind. Man sieht ja, wie Jungs das Zarte, Fragile sehr früh abtrainiert wird.

Ich bin davon überzeugt, dass wir von der Geschlechterbinarität, also von der Einteilung aller Menschen in die Geschlechter männlich und weiblich, nur loskommen können, wenn wir die Gesellschaft grundlegend verändern – und Sorgearbeit nicht nur symbolisch, sondern auch materiell aufwerten. Vielleicht gehören ein höherer Mindestlohn, eine anständige Grundrente oder die Arbeitszeitverkürzung nicht zu den sexy Themen unserer Zeit, aber sie sind Voraussetzungen für einen echten feministischen Aufbruch.

#### AUF DEM 1,5-GRAD-PFAD

Klimaschutz wird sich als Querschnittsthema durch alle Politikfelder ziehen – von Verkehr über Industrie, Bauen und Wohnen hin zur Landwirtschaft und der Außenpolitik. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm und einem Klimacheck für alle Gesetze. Aus unserem Koalitionsvertrag



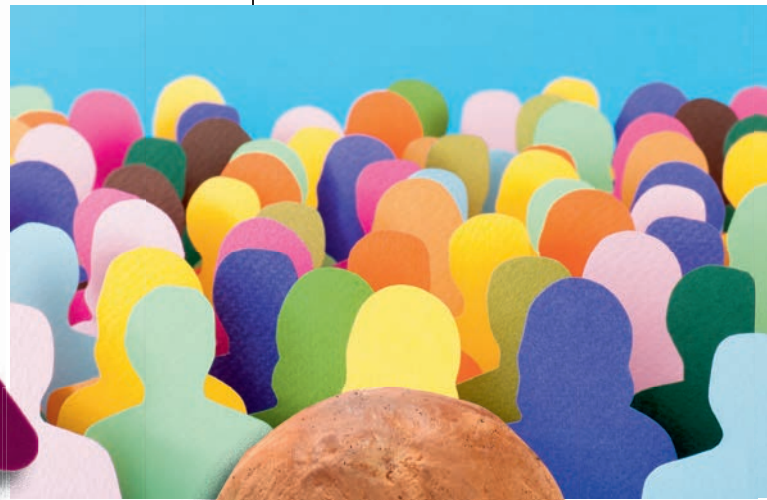
#### ANANAS ZUM ANZIEHEN

Die spanische Unternehmerin Carmen Hijosa macht aus Ananasblättern, die bei der Ernte übrig bleiben, eine vegane Lederalternative.



#### GENDER PLANNING

Stadtplanung in Wien soll gezielt die Ansprüche und Interessen verschiedener Gruppen berücksichtigen. Etwa die der Frauen. Seither sind die Straßen für mehr Sicherheit besser beleuchtet und die Gehwege breiter geworden, weil Frauen traditionell mehr zu Fuß gehen.



#### KOHLEAUSSTIEG 2030

Bis zum Jahr 2030 sollen 80 Prozent des deutschen Stroms aus grünen Quellen kommen. Um das Ziel zu erreichen, werden etwa die Kapazitäten der Windenergie auf See und an Land massiv ausgebaut und eine Solarpflicht eingeführt. Aus unserem Koalitionsvertrag

#### PILZE MIT POTENZIAL

Die grüne Revolution kommt aus dem Untergrund – genauer gesagt aus dem Waldboden. Pilzkulturen haben das Potenzial, Dämmstoffe wie Styropor zu ersetzen, das 6.000 Jahre braucht, um wieder abgebaut zu werden. Und: In den USA wird an Pilzen geforscht, die Plastikmüll „fressen“ können.





### HUMAN LIBRARY

Die Initiative bringt unterschiedlichste Menschen ins Gespräch, die sich im Alltag kaum begegnen würden. Statt in Büchern zu lesen, taucht man in die Geschichte des Gegenübers ein. Der Austausch soll Toleranz, Offenheit und Mitgefühl fördern – für eine friedliche Gesellschaft.



© Nicole Goodman



### MODERNE, VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

Ein verbessertes Entgelttransparenzgesetz soll mehr Gleichstellung von Männern und Frauen schaffen. Zudem soll das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche gestrichen werden. Und: Das Familienrecht soll modernisiert und das Transsexuellengesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt werden.

*Aus unserem Koalitionsvertrag*



### SONNENROHSTOFFE

Eine neue Generation von Katalysatoren soll es möglich machen, mit Hilfe von Sonnenlicht Kohlendioxid in seine nützlichen chemischen Grundbausteine aufzuspalten. So sollen wertvolle Rohstoffe für die Industrie gewonnen und zugleich das Klima geschützt werden können.



### GREAT GREEN WALL

Quer durch Afrika soll eine 8.000 Kilometer lange grüne Mauer aus Bäumen und Pflanzen unfruchtbar gewordenes Land beleben. Mehr als 20 afrikanische Staaten sind an dem Projekt Great Green Wall beteiligt. Bis 2030 soll das grüne Weltwunder wachsen – und 110 Millionen Hektar Ödnis fruchtbar machen, 250 Millionen Tonnen Kohlenstoff binden und zehn Millionen Arbeitsplätze auf dem Land schaffen.

# Grenzen des Aufbruchs

KONRAD PAUL LIESSMANN

Philosoph und Autor

**Der Begriff des Aufbruchs war in der Moderne stets mit der Idee verbunden, Grenzen zu überschreiten. Inzwischen wissen wir, dass es planetare Grenzen gibt, die wir akzeptieren müssen. Der Philosoph Konrad Paul Liessmann zeigt, was Aufbruch heute noch bedeuten kann – und wo der Begriff an seine Grenzen stößt.**

Die Klimakrise zwingt uns zu einem Denken, das völlig konträr zu unseren bisherigen fortschrittsorientierten Konzepten steht. Stellen Sie sich vor, wir würden in das Jahr 1800 zurückversetzt. Für die meisten Bereiche des Lebens wäre diese Vorstellung entsetzlich. Die medizinische Versorgung, die sozialen Verhältnisse, die geringe Lebenserwartung, die Unfreiheit. Grauenhaft. Was jedoch die klimatischen Verhältnisse betrifft, wäre es großartig, wenn wir uns in die Zeit vor dem menschengemachten Klimawandel zurückbeamen könnten. Nur lässt sich diese Entwicklung eben nicht zurückdrehen.

Mit dem Begriff des Fortschritts hat sich auch der Begriff des Aufbruchs verändert. Verwenden wir diese Metapher heute, ist meist etwas gemeint wie: „Wir müssen jetzt aktiv werden.“ Aber bei diesem ökologischen Aufbruch geht es nicht mehr darum, sich einem neuen Horizont zu öffnen, sondern ganz im Gegenteil darum, planetare Grenzen zu akzeptieren. Und das ist neu. Bislang bestand Fortschritt darin, Grenzen zu verschieben und zu überschreiten. Jetzt sind da plötzlich Limits, die wir auf keinen Fall herausfordern sollten. Und das ist natürlich das Problem, mit dem grüne Bewegungen zu tun haben: dass sie sich jung und fortschrittsorientiert präsentieren wollen, aber dass sie auf der anderen Seite als Grenzzieher auftreten müssen.

## Grenzen der Machbarkeit

Der deutsch-österreichische Philosoph Günter Anders (1902–1992) konstatierte, dass wir durch die Bedrohung des Planeten dazu verdammt sind, zu „ontologisch Konservativen“ zu werden. Angesichts der fortschreitenden Umweltzerstörungen, zu den für ihn auch die atomare Drohung zählte, bestünde unsere Aufgabe darin, etwas zu bewahren. Nicht mehr rabiatiert mit der Umwelt umzugehen. Nicht mehr hemmungslos Tier- und Pflanzenarten zu vernichten, weil wir Betonpisten brauchen. Nicht die Erde auf Jahrtausende mit strahlendem Material belasten. Das ist das Gegenbild von der Idee, dass die Welt uns grenzenlos offensteht.

Generell haben wir es aktuell auch mit einem Aufbruch- oder Fortschrittsdenken zu tun, das sehr stark auf den technologischen Bereich begrenzt ist und auf die Hoffnung, mit Technik die Klimakrise zu lösen. Wenn wir dieses von den

Grenzen der Machbarkeit geprägte Denken mit den großen Utopien etwa der Studentenbewegung der 68er-Generation vergleichen, wird der Unterschied besonders deutlich: Damals ging es um einen Aufbruch hin zu einer gerechteren, humaneren Gesellschaft. „Das Prinzip Hoffnung“ hieß eines der Schlüsselwerke, geschrieben von Ernst Bloch. Heute ist dieser Philosoph vergessen. Aus heutiger Sicht war das, was viele von uns damals als junge Menschen anstrebten, nämlich eine kommunistische Gesellschaft, falsch. Diese Idee haben sehr viele Menschen in Osteuropa und in anderen Teilen der Welt bitter bezahlen müssen – oft mit dem Leben. Heute aber glaubt kaum noch jemand, dass wir in naher Zukunft in einen Zustand globaler Gerechtigkeit eintreten könnten. Man ist pragmatischer geworden, die Ziele sind enger gesteckt – und auch die Handlungsmöglichkeiten.

## Grenzen des Wachstums

Wenn die Klimakrise so dramatisch voranschreitet, wie es viele Prognosen vorhersagen, wird für große gesellschafts-politische Entwürfe wenig Platz bleiben. Wir werden genug damit zu tun haben, die negativsten Effekte der Erderhitzung abzufedern. Der Spielraum unseres Handelns wird dementsprechend klein sein. Die Vorstellung, dass der Kampf gegen die Klimaveränderung Hand in Hand gehen muss mit dem Sturz des Kapitalismus, halte ich nicht nur für falsch, sondern auch für gefährlich.

Richtig ist aber, am Imperativ des grenzenlosen Konsumierens zu zweifeln. Wenn heute in bestimmten urbanen Kreisen das Konsumdenken in Frage gestellt wird, ist das für mich aber primär kein Aufbruch hin zu humaneren Werten. Die Debatten um den Konsumverzicht lese ich vielmehr als Anzeichen gravierender sozialer und ökonomischer Umwälzungen und damit verbundener Spannungen. Die Verknappung wird auf uns zukommen, ob wir wollen oder nicht. Wir müssen verzichten lernen, weil es anders einfach nicht mehr geht. Mit anderen Worten: Die Wertedebatten sind nicht der Treiber, sondern der Reflex dieser Veränderungen. Man sollte das nicht verklären.

Verzichts- und Rückbesinnungsdiskurse sind dabei nichts Neues. Sie begleiten uns seit den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung. Man denke an die Romantik. Da ging es schon damals darum, dass die Industrialisierung die Menschheit versachlicht, ihr falsche Bedürfnisse oktroyiert, sie von sich selbst entfremdet. So argumentierte noch der frühe Marx. Der Grund, warum diese Kritik sich nicht durchsetzen konnte, besteht darin, dass die Industrialisierung so extrem erfolgreich war. Sie hat uns in vielen Bereichen echte Fort-



# „Klimaschutz beginnt bei uns!“

Annabelle,  
NATURSTROM-Kundin



GRÜNER  
STROM



empfohlen von  
BUND und NABU

schritte gebracht. Deshalb ist es verkürzt zu behaupten, dass wir damals den falschen Weg eingeschlagen haben. Es gibt hier kein richtig oder falsch, sondern nur Entwicklungen, die Schattenseiten haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass vieles, worauf keiner von uns verzichten will, sich eben auch der Phase der Industrialisierung und Kolonialisierung verdankt. Es gibt insofern kein Zurück zu einem ursprünglichen Menschen, der seine wahren Bedürfnisse nun endlich entdeckt. Da halte ich es mit jenen soziologischen Konzepten, die davon ausgehen, dass es gar keine natürlichen Bedürfnisse des Menschen gibt. Der Mensch ist ja gerade das Wesen, das seine eigenen Bedürfnisse mitproduziert.

## Grenzen des Wandels

Wenn wir über den Verzicht reden, müssen wir auch aufpassen, dass wir nicht nur auf den Wandel jener Werte setzen, die uns selber ohnehin nicht mehr viel bedeuten. Ich beispielsweise bin begeisterter Radfahrer. Mir tut es nicht weh, wenn es keine Autos mehr gibt, auch weil ich in einer Stadt mit ausgezeichnetem Öffentlichen Nahverkehr lebe. Am Land sähe es schon anders aus. Und wie steht es mit jenen Dingen, die uns wirklich wichtig sind? Sind wir da auch so radikal? Wie gerne verzichten wir auf die horizontweiternden Reisen? Auf die Nutzung digitaler Geräte? Wir müssen da nüchtern und selbstkritisch sein. Man sollte anderen zugestehen, dass man Lebenskonzepte, auf die man Jahrzehnte eingeschworen wurde, für die man lange gearbeitet hat, nicht einfach über Bord werfen kann.

Wir müssen aber nicht nur technisch intervenieren, sondern auch unsere Begriffe von der uns umgebenden Natur ändern. Wir haben noch immer keine wirkliche Vorstellung von Natur als Mitwelt, begreifen Umwelt- und Klimaschutz in erster Linie als Menschenschutz. Es wäre eine wichtige Aufgabe, über dieses Verhältnis, auch unter Zuhilfenahme philosophischer Traditionen bis zurück in die Antike, nachzudenken.

Die fortschrittsoptimistische, aber höchst zweifelhafte Idee eines radikalen, hemmungslosen Aufbruchs zu neuen Ufern vertreten heute gerade noch einige US-Milliardäre, die behaupten, dass die Erde ohnehin schon ruiniert sei und wir uns von nun an auf den Mars konzentrieren sollten. Man kann diesen Pioniergeist großartig finden. Dennoch sollte man dem etwas entgegensetzen: die Einsicht in die bewahrenswerte Einzigartigkeit unseres wunderbaren Planeten. Die dadurch bestimmten Grenzen sollten wir nicht überschreiten.

Mit **naturstrom** entscheiden Sie sich für 100 % echten Ökostrom aus Deutschland und fördern saubere Energie aus Sonne, Wind und Wasser.

**Jetzt in 5 Minuten wechseln  
und 30 € Klimabonus sichern:**  
[www.naturstrom.de/die-gruenen](http://www.naturstrom.de/die-gruenen)



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

# Raus aus der erlernten Hilflosigkeit

MAREN URNER

Neurowissenschaftlerin und Autorin

**Viele Menschen sind von Krisen überfordert, resignieren oder flüchten sich in Zynismus. Die Neurowissenschaftlerin Maren Urner setzt auf ihr Konzept des dynamischen Denkens – und darauf, Krisen für einen Neuanfang zu nutzen.**

Es ist ein uraltes Rezept. Wer den Aufbruch verhindern will, schürt – wie auch im vergangenen Wahlkampf – tief sitzende Ängste vor dem Neuen. Dass der Mensch auch dann noch Angst vor Veränderungen hat, wenn ihm eigentlich der Stillstand, also die Nicht-Veränderung, Sorgen bereiten sollte, ist hirnpfysiologisch und evolutionsbiologisch erklärbar. Denn die zentrale Aufgabe des Hirns ist es, den Organismus, in dem es sitzt, zunächst mal kurzfristig am Leben zu halten. Und das funktioniert über Vorhersagen. Wenn etwas bisher erfolgreich dazu beigetragen hat, das Überleben zu garantieren, kann es so schlecht nicht gewesen sein – denken wir. Mittel- und langfristige Entwicklungen sind insofern für das menschliche Gehirn eine Herausforderung. Schon allein, weil viele Dinge schlicht über unsere Vorstellungskraft hinausgehen. Nehmen wir die Klimakrise. Erst durch tragische Katastrophen wie die Fluten vor der eigenen Haustür im Sommer beginnen wir zu verstehen, was auf uns zukommt.

## Wofür statt Wogegen

Um den Aufbruch zu wagen und die Machbarkeit von Veränderungen zu spüren, müssen wir einen Korridor finden. Einerseits muss die Dringlichkeit der planetaren Krise spürbar werden, damit wir kapieren, dass die Krise ganz nah an uns herangerückt ist. Sie betrifft eben nicht nur die Polarbären auf ihren Eisschollen oder Bewohner\*innen von Pazifikinseln, sondern uns alle. Andererseits sollte die Flutwelle das eigene Haus noch nicht erfasst haben, sodass wir die Beine noch nicht in die Hand nehmen müssen, um zu überleben. Denn in akuten Gefahrensituationen haben wir natürlich keine Zeit mehr, an Aufbrüche zu denken, die einige Monate oder Jahre Vorlauf benötigen. Was wir nun begreifen müssen: Wir befinden uns *jetzt* in diesem Korridor! Deshalb müssen wir jetzt auf allen gesellschaftlichen Ebenen Strukturen und Räume schaffen, um diese langfristigen Lösungen für die Bewältigung der Klimakrise gestalten zu können. Wenn es irgendwann nur noch um das blanke Überleben geht, kann unser Gehirn nicht mehr agieren, sondern nur noch reagieren. Den planetaren Herausforderungen aber können wir nur mit einem Denken begegnen, das nicht in die Falle der alten, festgelegten Muster tappt, sondern dass dynamisch ist und uns mutig nach vorn schauen lässt.

Gerade bei der Beschäftigung mit der Klimakrise besteht aber die Gefahr, in Hilflosigkeit zu verfallen und zu denken:

Ich kann sowieso nichts mehr ausrichten. Es gibt inzwischen Krankheitsbilder wie *Climate Grief* und *Climate Anxiety*, also akute Klimaangst, über die Therapeut\*innen weltweit berichten und die besonders oft bei jungen Menschen auftreten. Ein Grund dafür ist auch die Berichterstattung. Statt die Menschen darüber zu informieren, was in der Welt passiert und sie handlungsfähig zu machen, versorgen viele Medien ihre Leser\*innen vor allem mit negativen Schlagzeilen. Unser kurzfristig orientiertes Gehirn findet aber nicht nur kalorienhaltige Lebensmittel toll, sondern auch reißerische und hetzerische Schlagzeilen. Darauf klicken wir – und daraus hat sich eine eigene Industrie entwickelt, die Aufmerksamkeitsökonomie. Dass die Whistleblowerin Frances Haugen gerade zeigt, wie Facebook mit der Polarisierung Geschäfte macht, passt perfekt ins Bild.

Wenn wir nur den Weltuntergang an die Wand malen, lassen wir die Menschen gestresst zurück, was unser Gehirn dazu bringt, an Gewohntem festzuhalten. Stattdessen sollten wir ein Narrativ entwickeln, das lösungsorientiert ist. Der sogenannte „Konstruktive Journalismus“ benennt die Probleme, zeigt aber zugleich bestehende und zukunftsorientierte Handlungsmöglichkeiten auf, indem er immer fragt: Was jetzt? Wo wollen wir als Gesellschaft hin? Wofür wollen wir morgens aufstehen und uns einsetzen? Ein „Wofür“ statt ein „Wogegen“ kann uns aus der erlernten Hilflosigkeit in eine Selbstwirksamkeit bringen – und ins dynamische Denken, weil wir automatisch über Neues nachdenken.

## Lagerdenken überwinden

Auch in der politischen Kommunikation ist aus neurowissenschaftlicher Perspektive die Herangehensweise entscheidend: Wer über Gewinne, Chancen und Lösungen spricht, statt über Verbote, kreiert eine Energie der Beteiligung. Damit wir Nachhaltigkeit als eine universelle Denk- und Lebensweise begreifen, die alle unsere Lebensbereiche verändert, müssen wir raus aus dem statischen Denken und möglichst viele Menschen zum dynamischen Denken einladen.

Dazu müssen wir das festgefahrene Lagerdenken überwinden: Wenn wir uns auf das konzentrieren, was uns verbindet, statt immer nur darüber zu reden, was uns trennt, können wir Gruppen neu definieren – und zwar ganz einfach und schnell. Wir stellen automatisch Begegnungsräume her und ermöglichen einen ehrlichen Austausch, der nicht auf Angst und Abgrenzung basiert. Auf diese Weise können wir Verbundenheit und Hilfsbereitschaft schaffen. Und es fühlt sich für uns als „soziale Wesen“ gut an, weil unser Belohnungssystem aktiv wird. Nur so ist ein echter Neuanfang möglich.

# Ein sauberer Energiemix

**MAXIMILIAN FICHTNER**

Batterieforscher

**Dass die Energiewende zeitnah umsetzbar ist, bezweifeln viele Menschen. Maximilian Fichtner, Professor am Helmholtz-Institut in Ulm, sieht das anders: Große Fortschritte in der Speichertechnologie, Durchbrüche in der Batterieentwicklung und viel wirtschaftliches Engagement bringen den Energiemix in Bewegung.**

Wie könnte Deutschland in 20 Jahren aussehen, wenn wir ab sofort die Energiewende richtig anpacken? Dann würden wir bis Anfang der 2040er-Jahre nicht nur unseren Verkehr, sondern auch die anderen Sektoren in Richtung CO<sub>2</sub>-neutral oder -arm umgewandelt haben. Schaffen wir das, hätten wir das größte Energiesparprogramm umgesetzt, das man sich nur vorstellen kann.

Ein Beispiel? Würden alle 48 Millionen Autos in Deutschland mit elektrischer Energie fahren, würden sie dafür pro Jahr 130 bis 150 Terawattstunden brauchen, also etwas mehr als ein Viertel des Volumens unseres derzeitigen Strommarkts. Aktuell benötigen die Pkws mit Verbrennungsmotor bei uns aber umgerechnet noch jährlich 750 Terawattstunden in Form von Benzin und Diesel – also mindestens das Fünffache an Energie. Warum ist das so? Antriebe auf der Basis fossiler Kraftstoffe haben einen sehr niedrigen Wirkungsgrad, viel Energie verpufft einfach – in Form von Wärme. Der Energiespareffekt ist jedoch nur die technische Seite. Auch nahezu alles, was wir direkt im Alltag erleben, würde sich verbessern: Wir hätten saubere Luft, leisere Städte und insgesamt weniger Gesundheitsrisiken. Derzeit sterben in der EU jährlich rund 300.000 Menschen vorzeitig durch Feinstaubbelastung.

## Beharrlich-behutsame Bewegung

Ein Hemmschuh bei der Energiewende sind mitunter die hohen bürokratischen Hürden. Und für die Windkraft in Bayern ist etwa die 10-H-Abstandsregel eine Vollbremse. Die im Jahr 2014 eingeführte Regel besagt, dass ein Windrad mindestens das Zehnfache seiner Höhe von Wohnbebauungen entfernt sein muss. Doch auch die private Solarenergie wird ausgebremst. Wer mehr als ein Viertel seines Privatdachs mit Photovoltaik ausstatten möchte, muss dafür eine Firma gründen. Niemand hat jedoch Lust, sich bei seinem Engagement für die Erneuerbaren mit dicken Aktenstapeln herumzuschlagen. Und: Wenn Strom zur Handelsware der Zukunft werden soll, muss er auch transportiert werden können – etwa von den Offshore-Kraftwerken auf See nach Mittel- oder Süddeutschland.

Mittelfristig sollten wir verstärkt auch daran arbeiten, Netze miteinander zu koppeln – zum Beispiel offshore vor der Küste und onshore an Land. Auch die Stromübertragung über nationale Grenzen hinweg muss erleichtert werden. So können

wir flexibler auf Schwankungen in der Stromerzeugung reagieren. Doch die Voraussetzung dafür ist eine stabile Netz-situation mit einer gewissen Grundlast: Deswegen können wir auch nicht Hals über Kopf aus der Kohleverstromung aussteigen – sondern müssen beharrlich, aber eben auch behutsam, Schritt um Schritt vorangehen.

Die Speichertechnik für die Erneuerbaren macht währenddessen gewaltige Fortschritte. Im kalifornischen Monterey wird gerade der derzeit größte Speicher mit sechs Gigawattstunden Speicherkapazität für den Netzanschluss vorbereitet. Dieser kann Energie für zirka eine Million Menschen für einen Tag puffern. Dabei wird er zwei Gaskraftwerke ersetzen. Untergebracht ist er in einer großen Halle, die ursprünglich für eines der Kraftwerke vorgesehen war, gegen die sich die Anwohner\*innen erfolgreich gewehrt hatten. Ich wage die Prognose: Die Speicherung der Energie aus Erneuerbaren wird in einigen Jahren kein großes Problem mehr sein. Auch könnten dezentrale Speicher reichen. Diese werden jährlich preisgünstiger, sicherer und nachhaltiger. Mit ihnen werden wir jene kritischen 35 bis 90 Stunden puffern können, in denen mal weder der Wind weht noch die Sonne scheint.

## Energiewende made in Germany

In der Batterietechnik konnte durch Forschung in den vergangenen zehn Jahren der Kostenfaktor bereits um 90 Prozent gesenkt und gleichzeitig die Speicherkapazität verdoppelt werden. Das ist enorm. Außerdem kommen Batterien zunehmend ohne giftige und seltene Rohstoffe wie Kobalt oder Lithium aus – und arbeiten immer mehr auf der Basis von häufig vorkommenden Elementen wie zum Beispiel Natrium. Die neue Natrium-Ionen-Batterie verwendet Natrium anstatt Lithium, und das ist in Unmengen im Meersalz verfügbar. Über solche Fortschritte müssen wir mehr sprechen.

Vor allem die Tatsache, dass die Energiewende immer mehr in der Wirtschaft ankommt, treibt die Entwicklung voran. Viele Firmen investieren vermehrt in Zukunftstechnologien. Gerade in der Batteriezellenproduktion hat sich Deutschland vom Zauderer zum Musterschüler entwickelt. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es in diesem Bereich mehr wirtschaftliche Aktivität. Viele Betriebe suchen hier ihre Nische – und Hersteller von Windkraft und Photovoltaik halten nach den für sie passenden Batterieproduzenten Ausschau. Außerdem: Deutschlandweit befinden sich derzeit neun riesige Fabriken im Bau, die allesamt mit Grünstrom arbeiten werden. Ein großartiges Signal! All diese Entwicklungen zeigen: Die Energiewende ist nicht nur ökologisch notwendig, sie ist auch technologisch machbar. Packen wir es an!



### DATENBRILLEN GEGEN DEMENZ

Virtual-Reality-Brillen sollen Demenzkranken helfen – und ihnen eine Brücke zu ihren Erinnerungen bauen. Diese können damit etwa ihre vertraute Heimatstadt virtuell erkunden, um ihren Handlungs- und Denkraum wieder zu erweitern.



### ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT

Um das Artensterben zu stoppen, wird der Ökolandbau gestärkt. Ziel sind 30 Prozent ökologische Anbaufläche bis zum Jahr 2030. *Aus unserem Koalitionsvertrag*

### IMPFSTOFF MADE IN AFRICA

Das Mainzer Pharmaunternehmen Biontech plant, eine hochmoderne Produktionsstätte für mRNA-basierte Impfstoffe in Ruanda aufzubauen, die später in lokales Eigentum übergehen soll. Das Ziel: Afrika soll sich selbst besser medizinisch versorgen können. Baubeginn ist Mitte 2022.



### DEMOKRATIE LEBEN

Pedram Aghdassi wurde als Sohn iranischer Einwanderer 1988 in Ingolstadt geboren. Um Vorurteile zwischen Menschen abzubauen, hat er den Verein *Creative Change* gegründet. Bei bundesweiten Projektwochen erreicht der Verein jedes Jahr etwa 100 Schulen und knapp 10.000 Schüler\*innen.







### RECYCLING VON E-AUTO-BATTERIEN

Das Unternehmen Duesenfeld aus Niedersachsen hat eine Methode entwickelt, wie Lithium-Ionen-Batterien effizienter und umweltschonender recycelt werden können. Mit der neuen Technologie können bis zu 91 Prozent der Batteriebestandteile voneinander getrennt werden – in einer Reinheit, die es erlaubt, sie wieder in neuen Batterien zu verbauen, sagt das Unternehmen.



### E-GOVERNMENT

Die Verwaltung der Zukunft meldet sich bei ihren Bürger\*innen automatisch. Beispiel: Die neue Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut holen soll, wird ohne kompliziertes Antragsverfahren direkt ausbezahlt. *Aus unserem Koalitionsvertrag*

### ATMENDE MODE

Modedesigner\*innen arbeiten an Bekleidung, die Kohlendioxid speichern kann. Die Oberfläche von Stoffen wird dazu mit Algen überzogen, die CO<sub>2</sub> in Sauerstoff verwandeln.



### ANERKENNUNG FÜR ARBEIT

Der Mindestlohn steigt auf 12 Euro. Und: Ein gesetzliches Rentenniveau von 48 Prozent wird garantiert. *Aus unserem Koalitionsvertrag*

### SMART MATERIALS

Maschinen aus intelligenten Materialien melden den Menschen ihren Funktionszustand. Ein Beispiel: Eine Windkraftanlage schickt Ingenieur\*innen eine Nachricht aufs Handy, dass sie gewartet werden muss – schnell, kosten- und ressourcensparend.







# EUROPAGRUPPE GRÜNE

In dieser Ausgabe berichten Reinhard Bütikofer, Hannah Neumann, Anna Cavazzini, Jutta Paulus, Henrike Hahn, Anna Deparnay-Grünenberg und Alexandra Geese von ihrem Einsatz im Europaparlament: für ein starkes Europa, für eine strenge Waffenexportkontrolle, für die Verbraucher\*innen, für ehrgeizige Standards im Energiesektor, für die ökologische Modernisierung unserer Industrie, für eine europäische Verkehrswende und für ein Internet ohne Hass und Hetze.

Wir heißen alle Leser\*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/  
Europäisches Parlament  
[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)  
[info@gruene-europa.de](mailto:info@gruene-europa.de)  
twitter: @gruene\_europa  
[facebook.com/europagruene](https://facebook.com/europagruene)

Verantwortlicher Europaseiten:  
Aldo Caruso

## WELTPOLITIK GEOPOLITISCHE MÜHEN

**A**ls EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor zwei Jahren ihr Amt antrat, kündigte sie eine „geopolitische Kommission“ an. Eingedenk der Klage ihres Vorgängers Juncker über fehlende „Weltpolitikfähigkeit“ der EU brachte ihr das viel Interesse ein. Doch dann beschlagnahmte und überforderte das Covid-Krisenmanagement die Kapazitäten. Je länger allerdings geopolitische Initiativen ausblieben, desto größer wurde der Druck auf von der Leyen, doch endlich die Konnektivitätsstrategie der Juncker-Kommission aufzugreifen. Dieser zugegebenermaßen schwer verständliche Vorstoß von 2018 hatte, nicht unwesentlich als Antwort auf Chinas Seidenstraßen-Initiative, angekündigt, die EU werde sich systematisch für die dringend nötige Infrastrukturentwicklung zwischen Westeuropa und Südostasien aufstellen.

Bei ihrer Rede zur Lage der Union im September 2021 war von der Leyen endlich so weit, in Junckers Fußstapfen zu treten. Sie versprach einen neuen Aufschlag zur Konnektivität unter dem griffigeren Zitat „Global Gateway“, eine Ausweitung insbesondere auf Afrika und eine Anlehnung an den europäischen Green Deal und die Digitale Dekade. Doch die neue Überschrift ist noch keine neue Politik. Immer noch ungeklärt sind die Governance, die Einbeziehung der Wirtschaft und das Problem bürokratischer Blockaden innerhalb der EU-Organen. Immerhin gelang es, die Initiative in der siebenjährigen Haushaltsplanung unterzubringen.

**„Was fehlt also, damit aus einem schönen Plan Realität wird? Die Antwort ist einfach und bitter: Führung.“**

Freunde einer ehrgeizigen Konnektivitätspolitik gibt es unendlich viele. Das EU-Parlament nahm schon im Januar 2021 mit großer Mehrheit einen Bericht von mir dazu an. Wichtige Kommissar\*innen sind dafür. Immer mehr internationale Partner wollen mit der EU zusammenarbeiten, angeführt von Japan und Indien. US-Präsident Biden hat beim letzten G7-Gipfel ganz ähnliche Ideen eingebracht. Wichtige Wirtschaftsverbände wollen mitwirken. Unten den EU-Ländern ist keine relevante Front von Gegnern zu erkennen. Die Negativschlagzeilen, die China mit seiner „Belt and Road“-Initiative produziert hat, spielen der EU ins Blatt.

Was fehlt also, damit aus einem schönen Plan Realität wird? Die Antwort ist einfach und bitter: Führung. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird die „Global Gateway Initiative“ positiv benannt. Ob Berlin

das Quäntchen Führungswillen beisteuern kann, das wir brauchen? Die Welt wartet nicht.



**REINHARD BÜTIKOFER**

Weltpolitikfähigkeitsentwicklungs- und -umsetzungsanstrengungen erhöhen! Die Zeit, die wir heute verspielen, holen wir nicht auf.



## RÜSTUNGSEXPORTE STRENGE KONTROLLE

**P**rofit für europäische Konzerne oder Frieden für Krisengebiete? Noch immer werden Konflikte in Krisengebieten auch mit europäischen Waffen angeheizt. Dabei sollte klar sein: Waffen sind nicht wie jedes andere Exportgut – ihre Ausfuhr muss sorgfältig geregelt werden. Wie kann das auf EU-Ebene konkret aussehen? Dafür habe ich zusammen mit meiner finnischen Kollegin Alviina Alametsä für die grüne Fraktion im Europaparlament einen Entwurf vorgelegt. Zeitgleich ist eine europaweite Kampagne für eine bessere Rüstungskontrolle auf EU-Ebene gestartet.

**„Immer mehr Waffen werden in der EU gemeinsam hergestellt. Wir brauchen daher eine gemeinsame Rüstungsexportkontrolle. Die EU-Kommission muss handeln.“**

Zum Hintergrund: Derzeit werden Ausfuhrentscheidungen für die in der EU hergestellten Waffen auf nationaler Ebene getroffen. Von den Mitgliedstaaten wird dabei erwartet, dass sie sich an den so genannten „gemeinsamen Standpunkt“ halten. Dieser legt acht Kriterien für den Export von Waffen in Länder außerhalb der EU fest. Er zielt darauf ab, Waffenexporte in Krisenregionen oder Exporte, die zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können, zu verhindern. Allerdings werden die Kriterien derzeit von jedem EU-Mitgliedstaat anders ausgelegt. Das führt zu unterschiedlichen, manchmal widersprüchlichen nationalen Exportentscheidungen. Ein Beispiel sind Waffenexporte nach Saudi-Arabien, wofür mehrere EU-Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – ein Verbot verhängen, während andere – wie Frankreich – weiterhin Waffen exportieren.

Was würde sich mit der von uns ausgearbeiteten Verordnung ändern? Wir schlagen ein EU-Gesetz für eine Waffenkontrolle vor, das zwar die endgültige Entscheidung über Ausfuhren auf nationaler Ebene belässt (alles andere ließe sich mit den EU-Verträgen nicht vereinbaren), aber die Risikobewertung im Vorfeld der Entscheidung, die Überwachung und die Endverbleibskontrolle auf die EU-Ebene hebt. Der Verordnungsentwurf ist hier einsehbar: [gruenlink.de/2csa](https://gruenlink.de/2csa)

Mit der #EUArms-Kampagne bauen wir Druck auf die EU-Kommission auf, damit sie sich endlich um das Thema kümmert und eine entsprechende Verordnung auf den Weg bringt. Mit unserem Entwurf haben wir bewiesen, dass es geht! Auf [gruenlink.de/2csb](https://gruenlink.de/2csb) könnt ihr unsere Kampagne unterstützen – und eine Postkarte an die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit Forderungen für eine striktere

Waffenexportkontrolle senden. Wer wird die Postkarten überbringen? Wir natürlich!



**HANNAH NEUMANN**

Die EU braucht eine strenge Waffenexportkontrolle. Dafür streite ich im Europäischen Parlament.

## EU-BINNENMARKT KABELSALAT ADIEU

**D**as kennen wir wahrscheinlich alle: Mit jedem neuen Smartphone oder Tablet kommt automatisch ein neues Ladekabel dazu. Schnell sammeln sich so die unterschiedlichsten Kabel in der Schublade – und trotzdem ist immer genau das falsche Ladekabel im Rucksack. Meistens passiert das in den Momenten, wo wir es am wenigsten gebrauchen können, beispielsweise beim Reisen. Dieser Umstand nervt nicht nur uns als Verbraucher\*innen – er schadet auch unserem Planeten enorm. Ein Überfluss an unterschiedlichen Ladekabeln wird am Ende zu Elektroschrott – und der ist jetzt schon der am schnellsten wachsende Müllberg in der EU.

Doch damit soll jetzt endlich Schluss sein! An der Seite von Nichtregierungsorganisationen, Umweltaktivist\*innen und Verbraucherschützer\*innen haben wir Grüne im Europaparlament immer wieder das einheitliche Ladekabel gefordert und als Vorsitzende des EU-Binnenmarktausschuss habe ich mich für das Thema stark gemacht. Jetzt hat die Europäische Kommission endlich einen Vorschlag für ein gemeinsames Kabel für alle Endgeräte vorgelegt. Demnach soll ab Mitte des Jahres 2024 USB-C allgemeiner Standard werden sowie der Verkauf von Gerät und Ladekabel muss auch separat möglich sein. Die EU-Kommission geht davon aus, dass wir damit jährlich 980 Tonnen Elektroschrott einsparen und den Materialverbrauch für neue Ladekabel um etwa 2.600 Tonnen verringern können.

Mit dem Vorstoß zeigt die EU-Kommission auch endlich klare Kante gegen die Lobbymacht von Apple und Co., die natürlich am liebsten ihre eigenen Standards parallel auf dem Binnenmarkt halten möchten. Das Problem: Sich auf Freiwilligkeit der Hersteller verlassen, hat sich in den letzten Jahren nicht bewährt. Eine verbindliche Gesetzgebung ist deswegen so wichtig.

**„Es ist überfällig, dass wir mit einem einheitlichen Ladekabeln unsere Nerven, Geldbeutel und die Ressourcen unseres Planeten schonen.“**

Das einheitliche Ladekabel ist ein wichtiger Schritt im Übergang zur Kreislaufwirtschaft auf dem EU-Binnenmarkt und ein wichtiger Hebel für die Umsetzung des EU Green Deals. Als grüne Verantwortliche werde ich in den kommenden Verhandlungen darauf drängen, dass der Vorschlag alle mobilen Endgeräte wie etwa E-Reader umfasst. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass es in Zukunft auch möglich sein wird, neue Technologien und Innovationen einzubringen. Sollte der USB-C Stecker irgendwann in der Zukunft überholt sein, soll er auch ersetzt werden können – aber eben nur einheitlich für alle Geräte!



**ANNA CAVAZZINI**

Das einheitliche Ladekabel kommt. Als Verantwortliche setze ich mich dafür ein, dass der Vorschlag der EU-Kommission alle mobilen Endgeräte und künftige Technologien einschließt.





## METHANEMISSIONEN STANDARDS SETZEN

**M**ethan ist für rund ein Viertel der Erderwärmung verantwortlich. Über einen Zeitraum von 20 Jahren ist Methan 82-Mal stärker klimawirksam als CO<sub>2</sub>. Laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP könnte der Ausstoß bis 2030 um 45 Prozent verringert und so die Erderhitzung um 0,3 Prozent Grad Celsius (!) begrenzt werden. An diesem Ziel muss sich die EU orientieren und verbindliche Vorgaben in den Sektoren Energie, Abfall, und Agrar machen.

Die EU-Kommission hat berechnet, dass der Methanausstoß im Vergleich zu 2005 um 35 bis 37 Prozent verringert werden muss, damit das EU-Klimaschutzziel bis 2030 erreicht werden kann. Bisher will die Kommission jedoch lediglich Daten sammeln und die Öl- und Gasindustrie zum Abdichten von Lecks verpflichten. Belastbare Daten zum Methanausstoß sind zwar wichtig, doch Daten allein senken keine Emissionen. Stattdessen müssen systemische Veränderungen in allen Sektoren erfolgen – allen voran in der Landwirtschaft, die für mehr als die Hälfte des Methanausstoßes verantwortlich ist. Eine große Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich daher für weitreichendere Maßnahmen ausgesprochen – hierfür streite ich!

**„Die bevorstehende EU-Gesetzgebung zur Reduktion von Methanemissionen hat Potenzial, weltweite Standards zu setzen.“**

Wir Europaabgeordnete fordern, dass die EU-Methanstrategie sich am Ziel einer Erderwärmung von höchstens 1,5 Grad Celsius ausrichtet. Mehr als zwei Milliarden Wiederkäufer verursachen 80 Prozent des landwirtschaftlichen Methanausstoßes. Statt Subventionen für die Fleischproduktion brauchen wir Instrumente für eine stärkere pflanzenbasierte Ernährung. Im Abfallsektor muss die offene Deponierung endlich in allen Mitgliedstaaten beendet werden. Organische Anteile müssen der Kompostierung zugeführt oder in Biogasanlagen verwertet werden. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist der beste Weg für die Methanreduktion im Energiesektor. Solange Öl, Gas und Kohle noch gefördert werden müssen, muss sichergestellt werden, dass Leckagen zuverlässig entdeckt und zeitnah abgedichtet werden. Das routinemäßige Abfackeln und Ablassen von Gas muss schnellstmöglich untersagt werden. Wirkliche Stoßkraft entfaltet das Gesetz aber nur, wenn diese Maßnahmen auch für unsere Lieferanten\*innen gelten, denn die EU importiert 90 Prozent ihres Öl- und Gasbedarfs. Eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten hat dafür gestimmt, dass auch Lieferanten\*innen und Produzenten\*innen mit einem Zertifizierungssystem in die Pflicht genommen werden.



**JUTTA PAULUS**

Mein Ziel ist, dass wir ehrgeizige Standards für Methanemissionen im Energiesektor gesetzlich verankern – auch für Importe.

## GRÜN UND INDUSTRIE WIE GEHT DAS?

**D**ie Europäische Kommission hat sich das Ziel gesetzt, die EU bis spätestens 2050 klimaneutral zu machen. Dafür müssen wir bis 2030 die Eckpfeiler legen, um die Pariser Klimaziele auch wirklich einhalten zu können. Deshalb ist es jetzt auch so wichtig, bei den Verhandlungen für das so genannte „Fit For 55“-Paket im Europäischen Rat eine deutsche Bundesregierung zu haben, die sich ehrgeizig für diese Klimaziele stark macht.

Wir brauchen in Europa zur Umsetzung dieser Ziele eine wettbewerbsfähige Industrie, die CO<sub>2</sub>-neutral produziert. Das ist mit klaren Vorgaben zu schaffen – aber eben auch mit Anreizen, gezielten Investitionen in Forschung und Innovation sowie in Fort- und Weiterbildung. Ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien, Klimaverträge, ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich und ein stetig steigender CO<sub>2</sub>-Preis sind wichtige Bausteine der Transformation. Wir müssen sicherstellen, dass Firmen nicht mehr in veraltete, „schmutzige“ Technologien investieren. Zu grüner Industriepolitik gehört natürlich auch eine grüne Rohstoffstrategie. Wir sehen gerade jetzt beim dramatischen Mangel an Halbleitern, wie wichtig es ist, dass die Rohstoffversorgung zuverlässig funktioniert und Lieferketten dabei nachhaltig und resilient sind. Statt aber blind auf verstärkten Bergbau in Europa für kritische Rohstoffe mit massiven ökologisch-sozialen Folgen zu setzen, so wie das manche Fraktionen im Europaparlament fordern, müssen wir weiterdenken: Mehr Ressourceneffizienz und mehr Einsatz von Sekundärrohstoffen sind der richtige Weg. Wenn ein Produkt wie zum Beispiel eine Batterie entwickelt wird, muss bereits jetzt ganz am Anfang die Reparatur- und Recyclingfähigkeit mitgedacht werden.

**„Ein europäischer Pakt mit der Industrie, der Ressourcenschonung und -effizienz genau so berücksichtigt wie intelligente Kreislaufführung – das ist der richtige Weg.“**

Eine moderne Recyclingindustrie, um wertvolle Rohstoffe im Sinne der Kreislaufwirtschaft wiederverwenden zu können, bedeutet zukunftsfähiges Wirtschaften. Einen funktionierenden Markt für diese recycelten Rohstoffe zu schaffen, ist nicht einfach, aber genau daran müssen wir arbeiten.

Die Herausforderungen für die Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze sind groß. Deswegen brauchen wir einen „gerechten Übergang“ und Investitionen in stark vom Strukturwandel betroffene Regionen, um die Chancen der Transformation auch wirklich nutzen zu können – zum Beispiel via Umschulungen oder Weiterbildung. Eine grüne Wirtschaft ist möglich – auf geht's!



**HENRIKE HAHN**

Als industriepolitische Sprecherin und stellvertretende Leiterin der Europagruppe Grüne setze ich mich für die ökologisch-soziale Transformation ein.



## JAHR DER SCHIENE EUROPAZUG

**W**enn die EU 2021 das Europäische Jahr der Schiene ausruft, dann ist dies im Sinne von uns Grünen! Als Berichtserstatlerin für das Europäische Parlament durfte ich daran mitverhandeln. Mein Ziel war es, nicht nur eine Werbeveranstaltung zu machen, sondern vielmehr einen paneuropäischen Diskurs um die Renaissance der Schiene zu starten, die Herausforderungen der Schiene auszusprechen und gleichzeitig auf die Bahn als klimafreundliches und attraktives Verkehrsmittel aufmerksam zu machen. Denn die Bahn ist für die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele unabdingbar: Etwa ein Viertel der EU-Treibhausgasemissionen entfallen auf den Verkehrssektor, ein Großteil davon auf den Straßenverkehr. Die Bahn ist für gerade einmal 0,4 Prozent der Verkehrsemissionen verantwortlich, während sie gleichzeitig einen Anteil von 19 Prozent am Gütertransport und acht Prozent am Passagiertransport hat (Modal Split). Eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene bietet daher ein gewaltiges CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial. Auf meine Idee „Europazug mit blauen Wägen und gelben Sternen“ hin reiste im September tatsächlich und symbolträchtig der „Connecting Europe Express“ (CEE) quer durch Europa: + 20.000 km, 26 Länder, + 100 Bahnhöfe, wohlmeinend begleitet von unzähligen Akteur\*innen.

**„Wenn die Voraussetzungen stimmen, ist sogar eine Renaissance der Nachtzüge als Alternative zum Flugzeug denkbar. Das Europäische Jahr der Schiene sollte der Auftakt sein.“**

Dennoch kann der CEE nicht über bestehende Hemmnisse im Bahnverkehr hinwegtäuschen: Es ist an der Zeit, das europäische Schienennetz grenzüberschreitend zu denken. Dabei dürfen die fehlenden, oft kleinen Verbindungen in Grenznähe keinesfalls übersehen werden. Diese Lückenschlüsse können einen großen europäischen Mehrwert für verhältnismäßig geringe Kosten ermöglichen.

Die verschiedenen technischen Standards in den einzelnen Ländern sind aneinander anzugleichen – Stichwort: Europäisches Signalsystem. Erst dann werden Züge die Infrastrukturkapazitäten voll ausnutzen. Für die Erreichung der Klimaziele sind dringend faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern zu schaffen – gegenüber dem Flugsektor (Kerosinsteuer) und der Straße (Straßenmaut).

Schließlich müssen internationale Bahntickets online auffindbar und leicht buchbar sein. Die EU muss deshalb Bahnunternehmen dazu bringen, die notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen, um den Tarifdschungel zu beenden. So werden Bahnreisen einfacher zu planen und komfortabler.



**ANNA DEPARNAY-GRÜNENBERG**

Ich streite für eine Renaissance der Schiene und für die europäische Verkehrswende.

## DESINFORMATION ZURÜCK ZUR WAHRHEIT

**K**eine Wahl in Deutschland wurde bisher so massiv von Desinformationskampagnen im Internet beeinflusst wie die vergangene Bundestagswahl. Eine Studie der zivilgesellschaftlichen Organisation Avaaz belegt, dass 72 Prozent der falschen Behauptungen über die Kanzlerkandidat\*innen gegen Annalena Baerbock zielten. Das hat unserem Wahlergebnis geschadet. Aber warum lassen sich so viele Menschen von oft absurden Botschaften beeinflussen?

Plattformen wie Facebook und Google wissen fast alles über uns. Sie verfolgen uns off- und online. Diese Informationen nutzen sie gezielt, um uns so lange wie möglich auf der Plattform zu halten. Sie versorgen uns mit Informationen, die auf unsere Interessen zugeschnitten sind und immer extremer werden. Denn je mehr Angst und Wut sie bei uns auslösen, desto länger verweilen wir im Netz, um Inhalte zu teilen oder zu kommentieren. So werden Menschen radikalisiert und Debatten zugespitzt – damit die Plattformen mehr Werbung ausspielen können.

Dieses Geschäftsmodell gefährdet unsere Demokratie, weil es polarisierende Inhalte wie Hass, Hetze oder Desinformation viel schneller verbreitet als Fakten. Das hat Auswirkungen auf die öffentliche Meinung, auf die Medien und auf die Positionierung politischer Parteien, die ihre Inhalte im Netz zuspitzen müssen, um sichtbar zu sein. Die Folgen sehen wir in den USA, aber auch in Polen oder Ungarn.

In der EU haben wir jetzt die Chance, die Plattformen mit dem neuen Digitale-Dienste-Gesetz („Digital Services Act“) zu zähmen. Als Grüne wollen wir Licht ins Dunkel der intransparenten Algorithmen bringen. Die Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen hat der Welt die Augen dafür geöffnet, dass die Plattformen seit Jahren über die schädigenden Einflüsse ihrer Algorithmen Bescheid wissen. Deshalb müssen wir das Geschäftsmodell angehen. Online-Werbung, die persönliche Profile mit Millionen von Datenpunkten von jedem von uns benötigt, ist nicht demokratiekompatibel.

**„Das Internet kann mehr: Wir wollen es wieder zu einem Ort des demokratischen Austausches machen, in dem kein Mensch Angst vor Hass und Hetze haben muss.“**

Die neue Studie „The future of online advertising“ im Auftrag unserer Fraktion belegt die Schäden von personalisierter Werbung, zeigt aber auch die Chancen für alternative Werbemodelle. Wer behauptet, dass insbesondere Gründer\*innen und kleine Unternehmen darauf angewiesen seien, intimste Details ihrer Kund\*innen zu kennen, redet der Lobby von Facebook und Google das Wort.



**ALEXANDRA GEESE**

Ich streite dafür, dass das Digitale-Dienste-Gesetz hält, was es verspricht: die Zähmung der Plattformen!





## Mehr Fortschritt wagen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP haben sich auf einen Koalitionsvertrag verständigt, der die Grundlage für eine gemeinsame Regierung bildet. Das sind die wichtigsten Punkte.

### KLIMASCHUTZ IN EINER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT

Beim Klimaschutz wollen wir eine neue Dynamik in Gang bringen und so endlich den **1,5-Grad-Pfad** einschlagen. Klimaschutz wird sich als Querschnittsthema durch alle Bereiche ziehen – von Verkehr über Industrie, Bauen und Wohnen hin zu Landwirtschaft und Außenpolitik. Wir bringen ein **Klimaschutz-Sofortprogramm** auf den Weg, es wird einen Klimacheck für alle Gesetze geben. Wir wollen den Jahreswirtschaftsbericht erweitern und neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Dimensionen des Wohlstands erfassen.

#### 80 Prozent grüner Strom bis 2030

Wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren Energien energisch voran, so dass ihr Anteil 80 Prozent im Jahr 2030 beträgt. Wir beschleunigen dafür die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich. Die Erneuerbaren Energien und die dafür notwendige Infrastruktur werden als öffentliches Interesse definiert. Wir führen eine Solarpflicht ein, sorgen dafür, dass zwei Prozent der Landesfläche für den Ausbau der Windenergie an

Land zur Verfügung stehen und heben die Kapazitäten für Windenergie auf See auf mindestens 30 Gigawatt bis 2030 an.

Dies ermöglicht es uns, den **Kohleausstieg** auf **2030** vorzuziehen – unterstützt durch eine ambitionierte Reform des EU-Emissionshandels; wir werden dafür sorgen, dass der CO<sub>2</sub>-Preis in der Industrieproduktion und der Stromerzeugung nicht unter 60 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> fällt. Weil der Kohleausstieg schneller kommen wird, ziehen wir auch die vereinbarten Maßnahmen zur Unterstützung der Kohleregionen vor und beschleunigen sie. Dazu gehört zum Beispiel die tatsächliche Umsetzung aller vereinbarten Schienenprojekte. 2030 sollen zudem **50 Prozent der Wärme klimaneutral** erzeugt werden. Um das zu erreichen, sorgen wir für eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung und den Ausbau der Wärmenetze mit Erneuerbaren.

Wir werden die Menschen in Deutschland durch die **Abschaffung der EEG-Umlage** spürbar entlasten. Dadurch entfallen auch Subventionen, die den Staatshaushalt belasten. Gleichzeitig wird die Umstellung auf stromgetriebene Systeme attraktiver.

#### Transformation in Verkehr und Industrie

Unabdingbar für den Klimaschutz ist die Transformation im Verkehrsbereich und in der Industrie. 2030 sollen mindestens 15 Millionen **vollelektrische Pkw** zugelassen sein. Wir unterstützen die Pläne der Europäischen Kommission, in Europa ab 2035 nur noch CO<sub>2</sub>-neutrale Fahrzeuge zuzulassen; entsprechend wird dies in Deutschland deutlich vor 2035 der Fall sein. Wir erhöhen die **Investitionen in die Schiene** erheblich, schließen mehr Städte an den Fernverkehr an und stärken den öffentlichen Personennahverkehr. Damit der Umstieg auf CO<sub>2</sub>-neutrale Produktion gelingt, unterstützen wir die Industrie etwa durch Klimaverträge und wirksame Maßnahmen gegen internationales Klimadumping.

#### Ökologischere Landwirtschaft, Naturschutz

Um das Artensterben zu stoppen und gleichzeitig Landwirt\*innen eine gute Zukunft zu sichern, machen wir Landwirtschaft ökologischer und tiergerechter. Wir stärken den Ökolandbau, Ziel sind **30 Prozent ökologische Anbaufläche bis 2030**. Neben einer **verbindlichen Tierhaltungskennzeichnung**, die auch Transport und Schlachtung umfasst, wird ein finanzielles System etabliert, über das die Tierhalter beim Umbau der Nutztierhaltung

unterstützt werden. Zudem steigern wir die CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit der Natur und revitalisieren Lebensräume für die Artenvielfalt. Wir verringern den Pestizideinsatz deutlich, fördern die Entwicklung von natur- und umweltverträglichen Alternativen und nehmen Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt.

Wir sorgen für **gesunde Ernährung**, besonders für Kinder, und kämpfen gegen Lebensmittelverschwendung. Dabei helfen eine farbige Kennzeichnung von Lebensmitteln und eine bessere Regulierung von Werbung für Kinder. Wir führen für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein **Recht auf Reparatur ein** und stellen den Zugang zu Ersatzteilen, Reparaturanleitungen und Updates sicher.

### VERANTWORTUNG FÜR EUROPA UND DIE WELT

Es braucht Deutschland als starken Akteur in Europa und der Welt. Es ist Zeit, die Stärken deutscher Außenpolitik wiederzubeleben. Unsere internationale Politik wird **wertebasiert** und **europäisch** eingebettet sein, in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern und mit einer klaren Haltung gegenüber internationalen Regelbrechern. Die Souveränität der EU soll erhöht, die strategische Solidarität mit demokratischen Partnern ausgebaut werden.

**Menschenrechtspolitik, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention** stärken wir und etablieren wichtige Ansätze wie Klima-Außenpolitik und Klimagerechtigkeit. Mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz wird die Rüstungsexportpolitik strenger. Demokratiebewegungen werden wir ein verlässlicher Partner sein und den zivilgesellschaftlichen Dialog durch Visaerleichterungen fördern.

Den Auftrag und das Fähigkeitsprofil der **Bundeswehr** richten wir an den strategischen Herausforderungen aus. Das Beschaffungswesen **modernisieren** wir und gestalten es effizienter. Ersatzbeschaffungen und markverfügbare Systeme haben dabei Vorrang. Die Evakuierungsmission des Afghanistan-Einsatzes soll in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden. Für den Schutz und die Aufnahme von Ortskräften werden wir uns einsetzen.

Deutschland wird seine Verpflichtung einhalten, **0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit** zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich werden wir die Mittel für die internationale Klimafinanzierung erhöhen. Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir zu mehr **Klimagerechtigkeit** beitragen.

### Europäische Union

Wir handeln im europäischen Selbstverständnis. Wir setzen uns für eine EU ein, die ihre Werte und ihre Rechtsstaatlichkeit nach innen wie außen schützt. Entsprechend wird die künftige Bundesregierung im Rat die bestehenden **Rechtsstaatsinstrumente konsequenter anwenden und weiterentwickeln**. Um eine europäische digitale Infrastruktur, ein gemeinsames Eisenbahnnetz und eine Energieinfrastruktur für erneuerbaren Strom und Wasserstoff zu stärken, starten wir mit unseren europäischen Partnern eine **Investitions-offensive**.

Damit **Europa sozialer** wird, unterstützen wir einen neuen Anlauf zur Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer. Die Wirtschafts- und Währungsunion soll gestärkt und vertieft und die Bankenunion vollendet werden. Mit einer europäischen Rückversicherung der Einlagensicherungen wollen wir das Bankensystem stabilisieren. Auf der Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) soll Wachstum sichergestellt, die Schuldentragfähigkeit erhalten und für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen gesorgt werden.

### Humanitäre Verantwortung

Wir werden unserer humanitären Verantwortung in der Welt gerecht, indem wir legale



**ANNALENA BAERBOCK**  
Bundesministerin des  
Auswärtigen

Seit 2018 ist Annalena Baerbock, Jahrgang 1980, Parteivorsitzende der GRÜNEN und seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Zur Bundestagswahl 2021 ist sie als erste grüne Kanzlerkandidatin angetreten.



**ROBERT HABECK**  
Minister für Wirtschaft und  
Klimaschutz (Vizekanzler)

Seit 2018 ist Robert Habeck, Jahrgang 1969, Parteivorsitzender der GRÜNEN. Bevor er 2012 Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie stv. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein wurde, arbeitete er als freier Schriftsteller.



**ANNE SPIEGEL**  
Ministerin für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

Von Mai bis Dezember 2021 war Anne Spiegel, Jahrgang 1980, Ministerin für Klimaschutz und stv. Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Zuvor war sie von 2016 bis 2021 Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz.

**STEFFI LEMKE**

Ministerin für Umwelt,  
Naturschutz, nukleare Sicherheit  
und Verbraucherschutz

Seit 2013 ist Steffi Lemke, Jahrgang 1968, erneut – wie schon von 1994 bis 2002 – Mitglied im Deutschen Bundestag. Sie war dort u.a. parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Naturschutz. Von 2002 bis 2013 war sie Politische Bundesgeschäftsführerin der GRÜNEN.

**CEM ÖZDEMİR**

Minister für Ernährung  
und Landwirtschaft

Seit 2013 ist Cem Özdemir, Jahrgang 1965, erneut Mitglied im Deutschen Bundestag, wie schon von 1994 bis 2002. Damals wurde er als erster Abgeordneter türkischer Herkunft in den Bundestag gewählt. 2017 war er Spitzenkandidat zur Bundestagswahl und von 2008 bis 2018 Parteivorsitzender der GRÜNEN.

**CLAUDIA ROTH**

Staatsministerin  
für Kultur und Medien

Von 2013 bis 2021 war Claudia Roth, Jahrgang 1955, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, dem sie seit 1998 mit kurzer Unterbrechung von 2001 bis 2002 angehört. Von 2001 bis 2002 sowie von 2004 bis 2013 war sie Parteivorsitzende der GRÜNEN.

Fluchtwege schaffen. Familien gehören für uns selbstverständlich zusammen und stehen unter einem besonderen Schutz; deswegen **erleichtern** wir den **Familiennachzug**. Wir sorgen für eine **Verfahrensbeschleunigung** beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, indem wir es von anderen Aufgaben entlasten. Wir wollen das Leid auf dem Mittelmeer beenden und die Seenotrettung in ihrer Arbeit unterstützen.

#### Deutschland als Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist ein modernes Einwanderungsland. Wir werden ein **zeitgemäßes und liberales Staatsangehörigkeitsrecht** schaffen und Einbürgerungen erleichtern. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, werden wir das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** praktikabler ausgestalten und ein Punktesystem als zweite Säule zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften einführen und eine Einwanderung für nicht-akademische Berufe ermöglichen. Wir wollen verlässliche Regelungen schaffen, auch für diejenigen, die bereits hier sind. Unter anderem bekommen geduldete Azubis und ihre Betriebe mit einer Aufenthaltserlaubnis mehr Sicherheit.

#### MODERNER STAAT UND DIGITALER AUFBRUCH

Wir modernisieren und digitalisieren die Verwaltung, um das Leben einfacher zu machen. Bürger\*innen binden wir stärker als bisher in die politische Entscheidungsfindung ein, unter anderem indem wir **Bürger\*innenräte** zu konkreten Themen einsetzen. Innerhalb des ersten Jahres gehen wir die **Reform des Wahlrechts** an, mit dem Ziel, den Bundestag wieder deutlich zu verkleinern. Zudem wollen wir das Wahlalter für Europa- und Bundestagswahlen auf 16 Jahre senken.

Wir starten die überfällige **Digitalisierungsoffensive**. Wir treiben die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard voran – insbesondere da, wo der Nachholbedarf am größten ist. Wir räumen der Wissenschaft einen hohen Stellenwert ein und sorgen für Finanzierungssicherheit. Wir definieren **Forschungsmissionen**, um auf zentralen Zukunftsfeldern wie Klimafolgen, sauberer Energiegewinnung, einem vorsorgenden Gesundheitssystem oder Künstlicher Intelligenz Pionierleistungen zu ermöglichen.

#### RESPEKT, CHANCEN UND SOZIALE SICHERHEIT

Wir erhöhen den **Mindestlohn auf 12 Euro die Stunde**. Wir stärken das Tarifsysteem und sorgen dafür, dass Bundesaufträge nur an Unternehmen gehen, die mindestens in Tariffhöhe bezahlen. Wir fördern die Weiterbildung, schaffen ein **Qualifizierungsgeld** analog zum Kurzarbeitergeld, um im Strukturwandel Fachkräfte zu sichern und ermöglichen ein Lebenschancen-BAföG, so dass man auch mitten im Leben noch einmal etwas Neues beginnen kann.

#### Soziale Sicherung

Wir machen die Rente verlässlicher und garantieren dazu dauerhaft das gesetzliche **Renten-niveau von 48 Prozent**. Wir führen einen zusätzlichen Kapitalstock ein und beziehen mehr Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Bei der sozialen Grundsicherung leiten wir mit dem **Bürgergeld** einen Paradigmenwechsel ein. Wir stellen die Würde der Menschen in den Mittelpunkt und stärken die individuelle Unterstützung. In den ersten zwei Jahren des Bürgergeld-Bezugs wird das Geld ohne Prüfung des Vermögens oder der Wohnung ausgezahlt; so können sich die Menschen auf ihren Weg zurück in die Arbeit konzentrieren.



Wir stärken die vielfältige und freie Kultur- und Medienlandschaft. Gerade die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie leicht Kulturschaffende wirtschaftlich in Not kommen können. Wir werden Soloselbstständige und hybrid beschäftigte **Kreative besser absichern** und Bürokratie abbauen, die Künstlersozialkasse finanziell stabilisieren und die erhöhte Zuverdienstgrenze aus selbstständiger nicht-künstlerischer Tätigkeit erhalten.

#### Sichere Gesundheitsversorgung

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine stabile und erreichbare Gesundheitsversorgung ist. Diese stärken wir. **Gesundheitszentren** als Ankerpunkte der gesundheitlichen Versorgung auf dem Land bauen wir aus. Wir reformieren die **Krankenhausfinanzierung** und stellen eine ausreichende Finanzierung für Geburtshilfe, Kinder- und Jugendmedizin sicher. Damit die Menschen in unserem Land sich rund um die Uhr auf Hilfe im Notfall verlassen können, reformieren wir die Notfallversorgung und schaffen integrierte Notfallzentren. Die Arbeitsbedingungen in der **Pflege verbessern** wir durch verbindliche Personalschlüssel und eine Steuerbefreiung von Zuschlägen. Mit der kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in lizenzierten Fachgeschäften stärken wir den Gesundheits- und Jugendschutz.

#### Bezahlbarer Wohnraum

Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und schützen Mieter\*innen vor unbezahlbaren Mieten, etwa durch die Verlängerung der Mietpreis-

bremse. Wir werden eine **neue Wohngemeinschaft** auf den Weg bringen und so eine neue Dynamik in den Bau und die dauerhafte Sozialbindung bezahlbaren Wohnraums erzeugen. Wir fördern **klimaneutrales Bauen und Wohnen** durch klimagerechte Standards für Neubau, Sanierungen und Heizungen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Deshalb verteilen wir den zusätzlich zu den Heizkosten anfallenden CO<sub>2</sub>-Preis gerecht zwischen Mieter\*innen und Vermieter\*innen.

#### Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang

Wir stellen Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik. Mit der **Kindergrundsicherung** bringen wir einen Neustart in der Familienförderung auf den Weg. Die Kindergrundsicherung kommt ohne kompliziertes Antragsverfahren bei allen Kindern an. Damit holen wir Kinder aus der Armut. Dazu werden diejenigen mehr bekommen, die weniger haben.

Wir sorgen dafür, dass **Eltern Job und Familie besser unter einen Hut bringen** können, indem wir einen Kündigungsschutz nach der Elternzeit einführen, Kinderkrankentage erhöhen und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und die Ganztagsbetreuung in der Grundschulzeit mit den Ländern weiter vortreiben. Wir stärken Schulen in benachteiligten Regionen, damit alle Kinder gute Bildungschancen haben. Mit einem Digitalpakt 2.0 werden wir unsere Schulen fit machen für das Lernen in der digitalen Welt.

### FREIHEIT UND SICHERHEIT, GLEICHSTELLUNG UND VIELFALT IN DER MODERNEN DEMOKRATIE

Die Gleichstellung von Männern und Frauen bringen wir voran, indem wir das **Entgelttransparenzgesetz verbessern** und die Durchsetzung individueller Rechte stärken. Wir machen Frauen den Weg aus der Teilzeit leichter, indem wir die **Brückenteilzeit** verändern. Die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir vorbehaltlos umsetzen. Damit Informationen über Schwangerschaftsabbrüche selbstbestimmt zugänglich werden, streichen wir **§219a** aus dem Strafgesetzbuch.

Friedliches Zusammenleben und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft erfordern, Unterschiede zu achten und auseinandergehende Interessen konstruktiv auszuhandeln. Um **Repräsentanz** und **Teilhabe** zu verbessern, werden wir ein Bundespartizipationsgesetz schaffen und einen Partizipationsrat einführen. Wir bringen die Rechtsnormen auf die Höhe der gesellschaftlichen Wirklichkeit, indem wir das Familienrecht modernisieren, das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen.

#### Ostdeutschland, ländlicher Raum

Es bleibt unsere Aufgabe, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden. Wir verbessern die **Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen** und Entscheidungsgremien in allen Bereichen und werden außeruniversi-

ANZEIGE

**NABU-Stiftung**  
Nationales Naturerbe

**leben.natur.vielfalt**  
das Bundesprogramm

**FAIRPACHTEN**  
Gut beraten – Hand in Hand für die Natur

Photo: F. Gottwald

### Verpachten Sie landwirtschaftliche Flächen und wünschen sich auf diesen mehr Artenvielfalt?

Das Projekt Fairpachten der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe bietet eine kostenlose und individuelle Beratung für alle, die landwirtschaftliche Flächen verpachten und sich mehr Natur wünschen.

Sie können sich bei Fairpachten darüber informieren, welche Naturschutzmaßnahmen für Ihre Ackerflächen, Weiden und Wiesen sinnvoll sind und wie diese im Pachtvertrag vereinbart werden können.

#### Wir beraten Sie gerne! Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:

Telefon: 030 – 284 984 1825  
E-Mail: [Fairpachten@NABU.de](mailto:Fairpachten@NABU.de)

[www.fairpachten.org/infos](http://www.fairpachten.org/infos)



Gefördert im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

# Einmischen!

Aktuelle Veröffentlichungen  
der Heinrich-Böll-Stiftung



Böll.Thema 21 – 3

## Gesund, gerecht und ökologisch

Perspektiven für  
die Zukunft der  
Welternährung

[boell.de/thema](http://boell.de/thema)

Hunger und Fettleibigkeit führen in vielen Ländern der Welt nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu gravierenden gesellschaftlichen Kosten. Dennoch fehlt es an politischem Gestaltungswillen. Die Politik versagt, weil sie an Ernährungssystemen festhält, die sozial ungerecht und ökologisch nicht tragfähig sind. Böll.Thema erklärt Hintergründe und beschreibt mögliche Alternativen.

Mehr zum Thema: Dossier + Podcast

[boell.de/armut-macht-hunger](http://boell.de/armut-macht-hunger)

Böll.Fakten

## Energie für die klimaneutrale Zukunft

15 Fakten zu Wasserstoff



Heinrich-Böll-Stiftung  
Oktober 2021,  
40 S., kostenfrei  
erhältlich

[boell.de/boell-fakten](http://boell.de/boell-fakten)

Eine Alternative zu Energien, die auf Kohlenstoffen wie Öl oder Erdgas basieren, wäre «grüner Wasserstoff». Er wird mit Ökostrom aus Wasser gewonnen und könnte vor allem in der Stahl- und Chemieindustrie sowie beim Flugverkehr eine große Rolle spielen.

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Schumannstr. 8, 10117 Berlin [boell.de](http://boell.de)



+ Heinrich-Böll-Stiftung



+ boellstiftung



boell\_stiftung

täre Einrichtungen künftig prioritär in den Regionen ansiedeln, die gegenwärtig unterausgestattet sind, wie beispielsweise viele Teile Ostdeutschlands.

Die **Lebensverhältnisse** in unseren Regionen, in Städten und dem ländlichen Raum sind nicht gleich, aber sie müssen **gleichwertig sein**. Zu guten Lebensbedingungen gehören schnelles Internet, eine erreichbare Gesundheitsversorgung und alltagstaugliche, nachhaltige Mobilitätsangebote genauso wie die Unterstützung für Kultur auf dem Land.

**Kommunen** sollen **mehr Spielräume** erhalten. Wir werden Kommunen mit hohen Altschulden entlasten. Besonders nehmen wir die ländlichen Kommunen, die ostdeutschen und die strukturschwachen Regionen in den Blick. Ihnen soll finanziell stärker geholfen werden, etwa mit gezielten Investitionen in Schwimmbäder und Bibliotheken.

### Stärkung der Sicherheitsbehörden

Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Wir stärken die Sicherheitsbehörden und die Justiz. Wir statten die **Polizei** besser aus. Den **Pakt für den Rechtsstaat** verstetigen wir und erweitern ihn um einen Digitalpakt für die Justiz. Im Kampf gegen Missbrauch von Kindern stärken wir das Bundeskriminalamt personell und verbessern die technische Auswertung der beschlagnahmten Datenträger. Wir konzentrieren uns auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität etwa durch verstärkte Vermögensabschöpfung. Whistleblower\*innen sorgen für die Aufdeckung von Missständen. Wir schützen sie. Wir gehen entschlossen gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor. Um unsere Demokratie zu stärken, werden wir über das Demokratieförderungsgesetz das breite Engagement für demokratisches Zusammenleben dauerhaft absichern. Um den Umgang mit Opfern von Terror würdiger zu gestalten, errichten wir ein **Archiv zu Rechtsterrorismus**.

### Bessere Ausbildung der Polizei

Um verfassungsfeindlichen Tendenzen, Rassismus, Diskriminierung und radikalen Einstellungen innerhalb der Sicherheitsbehörden vorzubeugen, setzen wir auf eine verstärkte Aus- und Fortbildung im Bereich Grund- und Menschenrechte und überprüfen sie durch unabhängige Studien. Wir führen die pseudonyme Kennzeichnung von Polizist\*innen ein und schaffen auf Bundesebene eine\*n **unabhängigen Polizeibeauftragten**.

Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unsicherheit, des bevorstehenden Urteils des

Europäischen Gerichtshofs und der daraus resultierenden sicherheitspolitischen Herausforderungen werden wir die Regelungen zur **Vorratsdatenspeicherung** so ausgestalten, dass Daten rechtssicher anlassbezogen und durch richterlichen Beschluss gespeichert werden können. Flächendeckende Videoüberwachung und biometrische Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen wir ab. Wir gewährleisten das Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum wie im Internet.

### ZUKUNFTSINVESTITIONEN UND STEUERGERECHTIGKEIT

Wir setzen auf solide Finanzpolitik, die Deutschlands Werte erhält, in die Zukunft investiert und so nachhaltiges Wachstum generiert und Wohlstand schafft. Durch Umschichtungen und Neuaufstellungen im Haushalt schaffen wir Freiräume für die geplanten öffentlichen Investitionen vor allem in Klimaschutz. Dazu wandeln wir den Energie- und Klimafonds in einen **Klima- und Transformationsfonds** um. Zudem werden wir die KfW nutzen, um private Klimaschutzmaßnahmen finanziell zu fördern. Die Deutsche Bahn und andere Unternehmen und Gesellschaften im Besitz des Bundes werden ebenfalls ihre Investitionen deutlich erhöhen. Wir werden **klimaschädliche Subventionen reduzieren**. In einem ersten Schritt reformieren wir die LKW-Maut nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und beziehen auch den Güterverkehr schon ab 3,5 Tonnen in die Maut ein. Wir reformieren die Förderung von Pkw, auch von Dienstwagen, schrittweise so, dass sie nachweislich einen positiven Effekt für Klimaschutz hat. Zudem werden künftig die Hersteller von Plastik eine Abgabe entrichten. Das verbessert die Anreize, verstärkt auf alternative Produkte umzustellen und entlastet die Steuerzahler\*innen.

Wir werden eine internationale Vorreiterrolle im **Kampf gegen Steuerhinterziehung** und aggressive Steuervermeidung einnehmen. Wir unterstützen die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung. Außerdem werden wir in Deutschland eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle einführen und dafür sorgen, dass große Immobilienkonzerne künftig Grunderwerbsteuer zahlen und so share deals beenden.

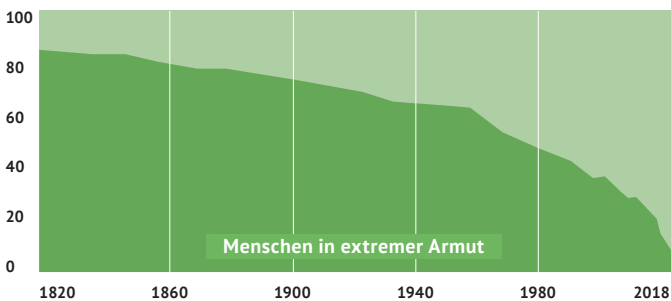
Den Kampf gegen Geldwäsche werden wir deutlich intensivieren. Wir wollen unter anderem, dass gewerbliche und private Immobilienkäufer aus dem Ausland nachweisen, dass sie die Gelder versteuert haben. Generell werden wir den Immobilienkauf mit Bargeld verbieten.

# Aufbruch global

So würde der Fortschritt aussehen, wenn auf der Erde nur 100 Menschen lebten.  
Die Datenbank *Our World in Data* bildet unsere Wirklichkeit in Diagrammen ab. Die aktuell vorliegenden Graphen zeigen: Die Welt wird in wichtigen Bereichen besser.

## EXTREME ARMUT\*

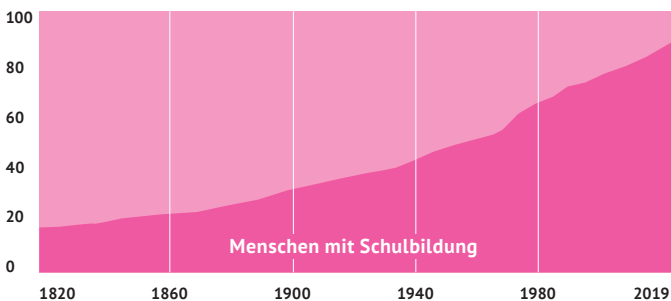
Im Jahr 1820 waren 84 von 100 Menschen extrem arm. Die Trendwende kam um 1950. Seither ist die Zahl immer weiter gesunken – auf neun von 100 im Jahr 2019. Aber: Durch die Corona-Pandemie ist Armut weltweit dramatisch angestiegen. Armutsbekämpfung und der Aufbau sozialer Sicherungssysteme bleiben wichtig.



\* Extrem arm ist, wer von weniger als 1,90 \$ pro Tag lebt (UN).

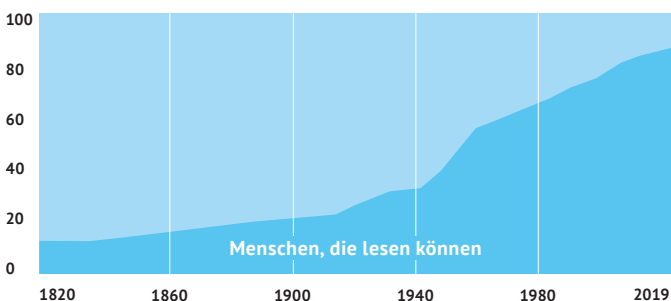
## SCHULBILDUNG

83 von 100 Menschen mussten im Jahr 1820 ohne jede Bildung auskommen. Ganz anders im Jahr 2019: Jetzt verfügen 86 von 100 Menschen über eine grundlegende Bildung.



## LESEFÄHIGKEIT

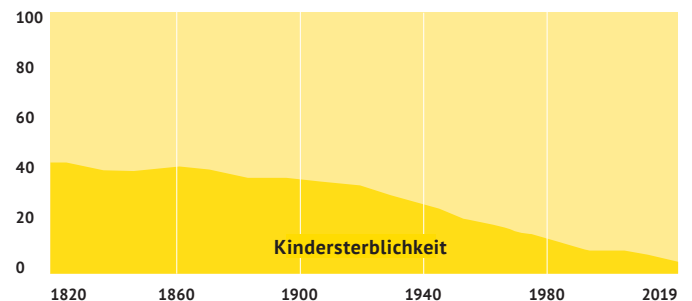
Im Jahr 1820 konnten 88 von 100 Menschen nicht lesen. Bis zum Jahr 2019 hat sich das Verhältnis umgedreht: 86 von 100 Menschen sind Alphabet\*innen.



Quelle: <https://ourworldindata.org>

## KINDERSTERBLICHKEIT

43 von 100 Neugeborenen starben im Jahr 1820 vor ihrem fünften Geburtstag. Im Jahr 2019 waren es nur noch vier von 100 Kindern. Aber: Die gleichen Daten zeigen auch, wie groß der Handlungsbedarf immer noch ist.



ANZEIGE

**grüne SACHWERTE**  
ökologische Geldanlagen

**Grüne Geldanlagen**  
Neue Wind- und Solarparks in Deutschland, Europa und weltweit

**Ihr Partner für ökologische Geldanlagen**

**Investieren Sie jetzt in die Energiewende!**

✓ Wirtschaftlich attraktiv ✓ Ökologisch sinnvoll

Infos: T. 0421 - 59 64 79 60 · [www.gruene-sachwerte.de](http://www.gruene-sachwerte.de)



# greenpeace magazin.

Deutschlands größtes Umweltmagazin mit seinem Online-Shop für konsequent ökologische Produkte. Grün leben, Umwelt schützen!

[warenhaus.greenpeace-magazin.de](https://warenhaus.greenpeace-magazin.de)

Jetzt  
bestellen

## UNSER MAGAZIN

- 6 Ausgaben schon ab 35,50 Euro
- Konstruktiver Journalismus, werbefrei und 100% leserfinanziert
- Inklusive toller Prämie
- Alles zum Abo: [greenpeace-magazin.de/abo](https://greenpeace-magazin.de/abo)



## UNSERE BÜCHER & KALENDER

- Liebevoll gestaltet
- Mit vielen cleveren Tipps
- Aktiv werden leichtgemacht



Auch als  
Abo-  
Prämie



## UNSERE TEXTILIEN

- Nach strengsten Greenpeace-Kriterien produziert
- Mit zertifizierter, bester Bio-Baumwolle
- Mit transparenter Lieferkette – vom Saatgut bis zum Shop
- Faire Löhne für alle Beteiligten